PREIS 70 Pfg.

Der neue Anfang

von

Dr. W. NECKER

1946

VERLAG „DAS ANDERE DEUTSCHLAND" · HANNOVER

DER NEUE ANFANG

VON

DR. W. NECKER

1946

VERLAG „DAS ANDERE DEUTSCHLAND"
HANNOVER, FERDINAND-WALLBRECHT-STRASSE 73

Vorwort.

Als ich im Sommer 1933 als politischer Flüchtling, verfolgt vom Nationalsozialismus, Deutschland verlassen mußte, war ich mir darüber klar, daß dies System zum Kriege und zum Untergange dieses Deutschen Reiches führen müsse. Ich habe seitdem vor dem Kriege und im Kriege mehr als ein Dutzend Länder gesehen, ein halbes Dutzend Bücher veröffentlicht und tausende von Artikeln geschrieben und mit Ausnahme von wenigen Zeilen nichts geschrieben, was nicht die Methoden und Ziele des Nationalsozialismus beschrieb und bloßstellte und vor den Folgen warnte. Schließlich hatte ich Gelegenheit, aktiv am Kampfe gegen dies unerhörteste und fürchterlichste System der Tyrannei teilzunehmen, das den Frieden der Welt im Laufe der Geschichte gestört hat. Ich kam noch während des Krieges nach Deutschland und hatte hier vor und nach der Niederlage Gelegenheit, mit Soldaten und Bürgern, Arbeitern und Unternehmern, Männern und Frauen, Jungen und Alten, Nazis und Nazigegnern zu sprechen.

Erfahrungen in Deutschland vor 1933, Erfahrungen im Auslande und schließlich wieder was ich in Deutschland im Kriege und nach dem Kriege sah und hörte, geben mir vielleicht die Berechtigung, Dinge zu sagen, die in Deutschland heute vielfach noch nicht erkannt, andere, die im Auslande noch nicht gesehen werden.

Es sollen hier nur Anregungen, nicht Rezepte gegeben werden. Mehr zu sagen, ist in diesem Umfange und in diesem Augenblicke noch nicht möglich. Ich möchte nur noch die Hoffnung aussprechen, bald wieder in Deutschland zu sein, um tätig an diesem neuen Aufbau eines neuen Deutschland teilnehmen zu können.

London, April 1946

Der Verfasser.

INHALT

Der Zusammenbruch

„Es ist schwer", so heißt es in der Dreigroschenoper, „den Menschen in jenen unnatürlichen Zustand zu versetzen, in dem er bereit ist, Geld herzugeben." Wer heute vom Auslande her nach Deutschland kommt, steht vor der noch viel schwierigen Aufgabe, zu begreifen, in welch unnatürlichem Zustande sich der Durchschnittsdeutsche befindet und wie ein Mensch mit fünf vernünftigen Sinnen in diesen Zustand hineingeraten konnte. Ich entsinne mich noch eines Gespräches, das ich vor dem Kriege mit einem kleinen tschechischen Handwerker in seiner Werkstatt hatte. Er hatte mich gefragt, ob denn alle diese Nachrichten über die furchtbaren Greuel in den Konzentrationslagern wahr seien. Als ich ihm das bestätigte und ihm klar zu machen versuchte, warum die Nazis mit dieser unvorstellbaren Grausamkeit gegen ihr eigenes Volk vorgingen, schüttelte er nur den Kopf: „Ich habe", so sagte er, „wie viele Tschechen in Deutschland gearbeitet und mir dort das Geld verdient, mit dem ich hier meine Werkstatt aufmachen konnte. Dort konnte man arbeiten, niemand hat mich schlecht behandelt. Die Deutschen waren ein so vernünftiges Volk, sie arbeiteten hart und sie brachten es bald wieder zu etwas nach dem Kriege." Er schüttelte den Kopf und konnte es nicht verstehen, was mit diesem Volke vorgegangen war.

Ich kam kurz nach dem Falle von Aachen in diese Stadt, und ich habe mich geschüttelt vor Ekel, wenn ich sehen mußte, wie Beamte der Stadtverwaltung, die noch Tage vorher ihren Arm zum Hitlergruß erhoben hatten, nun mit einer unverständlichen, übertriebenen Unterwürfigkeit vor meiner Uniform alle Türen aufrissen, wie sie, wenn ich nur eine Frage stellen wollte, gleich alle andere Arbeit liegen ließen und alle anderen Fragesteller fortschickten, um mich abzufertigen.

Ich hatte später mit Industriellen zu sprechen, die nicht nur Millionen von Mark, sondern von Dollars und Pfunden kommandiert hatten .Die meisten von ihnen benahmen sich wie geschlagene Hunde. Das hinderte sie aber gar nicht, im eigenen Betriebe weiter so zu tun, als wenn nichts vorgefallen sei. Alle waren sie stolz darauf, wie gut es ihnen gelungen war, die Kriegsproduktion aufrechtzuerhalten, wie gering die Fälle von Sabotage in ihren Betrieben gewesen waren. Es gab wenig Fälle, in denen Unternehmer sagten, daß sie grundsätzliche Bedenken gegen Nationalsozialismus und Krieg gehabt hätten, noch weniger Fälle, die glaubhaft klangen, und sehr, sehr wenige in diesen Kreisen, in denen aktive Versuche gemacht wurden, dem Nationalsozialismus entgegenzuarbeiten.

Ich fuhr bereits im Frühjahr — oder war es noch Winter? — durch Dörfer westlich von Trier. Mein Begleiter war ein junger amerikanischer Offizier, ein Jude, dem der Nationalsozialismus einen solchen Haß gegen alles Deutsche eingeimpft hatte, daß er mir immer wieder sagte, es gebe keine andere Hoffnung auf Frieden, bis alle Deutschen an die Wand gestellt seien. Wir kamen in das Haus eines Mannes, den ich gesucht hatte, und von dem mir gesagt wurde, wie gut und hilfreich und wie mutig er sich überall und immer, wo es nur nötig und möglich war, benommen habe. Auf der Höhe über dem Hause stand noch die Artillerie und schoß, Blockhäuser sah man von der Straße aus in die Luft gehen. Der Mann stand im Vorgarten seines kleinen Häuschens, seine Kinder spielten auf dem Hofe. Er gab mir, ohne Unterwürfigkeit, aber bereitwillig und offen jede Auskunft, die ich gebrauchte und die er geben konnte. Als wir gingen, schüttelte ich seine Hand, und als wir aus dem Hause waren, sagte mein Begleiter: „Das hättest du nicht machen dürfen, das ist Fraternisieren!" „Meinst du denn", fragte ich ihn darauf, „daß man die auch alle an die Wand stellen sollte?"

Er zögerte, man sah es ihm an, daß ihm die Antwort nicht mehr so selbstverständlich erschien. Dann sagte er langsam: „Nein, wenigstens die Kinder nicht."

Wir hatten aber auch gesehen, daß sich auch diese Leute noch in einem unnatürlichen Zustande befanden. Kaum waren wir ein paar Minuten mit dem Manne allein im Hause gewesen, als die ganze Familie, die alte Mutter mit Kindern und Enkeln, weinend hereinkamen und vor Weinen auf meine Frage, was denn geschehen sei, zuerst nicht antworten konnten. Schließlich erfuhr ich, daß sie alle die Angst hatten, daß ihr Vater von uns verhaftet werden solle. Als ich fragte, woher denn diese Angst komme, da ihr Mann sich doch nichts vorzuwerfen habe, erfuhr ich den einfachen und fast unverständlichen Grund: „Ja, wenn jemand in Uniform zu uns kommt, dann wird doch immer jemand verhaftet."

In einer großen Stadt Mitteldeutschlands sah ich in den Tagen, in denen der Krieg gerade zu Ende war, einen alten Mann, einen Kunstmaler. Er hatte im ersten Weltkriege eine Batterie kommandiert und man hatte ihn 1944 zum Kommandeur eines Volkssturmbataillons gemacht. Er war seit 1932 Nazi gewesen und hatte brav seine Beiträge bezahlt und an den Führer geglaubt. Niemand hatte den alten Mann belästigt, der jahrelang irgendwo in Tirol in den Bergen lebte, bis er sich ein neues Haus in Deutschland hatte bauen lassen können.

Dann hörte er am Radio die Reden Göbbels' und seiner Propagandaredner, hörte er ihre Haßpredigten: „Jeder Mann, jede Frau, jeder Junge, jedes Mädchen muß den Feind aus dem Hinterhalte anfallen und ihm das Messer in den Rücken stoßen", und er fragte in einer Versammlung der Bataillonskommandeure des Volkssturmes, ob es sich dabei nur um Redensart, um Propaganda handle oder ob das wirklich ernst gemeint sei. „Im vorigen Kriege", so führte er aus, „hat man diese Leute Franktireure genannt und erschossen, und in diesem Kriege haben wir von den ‚Flintenweibern' unter den Russen gehört, die ebenfalls an die Wand gestellt wurden."

Die Antwort, die er erhielt, war klar und eindeutig genug: er fand sich im Gefängnis wieder, in einer kleinen Zelle mit achtzig anderen Verbrechern seiner Art, und es wurde ihm gesagt, daß er erschossen werden solle.

Hier in der Zelle hörte der weltfremde Maler, der in einem Wolkenkuckucksheim von Glauben und Vertrauen gelebt hatte, endlich von Mitgefangenen die fürchterlichsten Dinge über die Grausamkeiten in den Konzentrationslagern, über die Geldgier der Gauleiter und der Bonzen und über das, was die SS und die Armee im Auslande verbrochen hatten.

Er wurde von den Amerikanern befreit, bevor er erschossen werden konnte; aber er war ein gebrochener Mann. Plötzlich war ihm klar geworden, wie das Deutschland, an das er geglaubt hatte, von außen aussehen mußte: „Das kann uns niemand vergessen, Deutschland ist entehrt und niemand will wieder etwas mit uns zu tun haben!"

In den Tagen, in denen Belsen befreit wurde, stand ich am Stacheldraht des Lagers, und da das Lager noch von ungarischen Soldaten bewacht wurde, die im Solde Hitlers gestanden hatten, Soldaten, die nicht ein Wort Deutsch verstanden, fragte ich einen der Gefangenen des Lagers, der am Fenster einer Baracke stand, nach dem Wege zur Kommandantur. Ich fragte ihn schließlich, wie lange er hier gewesen sei. „Hier und in anderen Lagern seit elf Jahren", war die Antwort. Ich wußte nicht, was ich sagen sollte. „Warten Sie noch ein paar Tage, Sie werden untersucht werden und dann wird man Sie entlassen", war das einzige, was ich herausbringen konnte, als ich diesem Gerippe ins Gesicht sah. Da weinte der Mann, und unter Weinen sagte er: „Das sind die ersten freundlichen Worte, die ich in so vielen Jahren gehört habe."

Ich sah einen Mann, der 1932 in die Nazipartei eingetreten war, weil er an ihre sozialen Versprechungen geglaubt hatte. Er war ein Industrieller, ein reicher Mann. Bald nachdem Hitler an die Macht kam, sah er ein, daß er sich geirrt hatte. Ein Zurück aus der Partei hätte es für ihn nur gegeben, wenn er ins Ausland geflüchtet wäre. Das wollte er nicht, sondern er begann, im geheimen gegen die Partei zu arbeiten. Er hatte überall seine Spione, er zettelte eine Flüsterpropaganda an, er finanzierte Attentate und hatte schließlich noch die Genugtuung, zu erleben, daß er einen General davon überzeugen konnte, daß der Widerstand nutzlos sei. Auch wenn der Krieg damit nur um Tage oder sogar Stunden abgekürzt wurde: dieser Mann hatte seine Schuldigkeit getan.

Ich sah Nazis, die auch nach der Uebergabe noch versuchten, sich an der Macht zu halten, große Nazis und sogar kleine bis zur Putzfrau, die bis dahin Angeber für die Gestapo gespielt hatten, die sich wieder Arbeit bei der Besatzungsarmee zu verschaffen wußten. Ich sah Leute, die abgezehrt aus dem Konzentrationslager kamen, deren Familien durch die Gestapo dezimiert, oder sogar vollständig ausgerottet waren, und die sofort wieder ihre politische Arbeit aufnahmen.

Ich sah deutsche Antifaschisten, die im Auslande unter den Augen der deutschen Besatzung, unter den gefährlichsten Umständen und in ständiger Lebensgefahr weiter gegen die Nazis arbeiteten. Ich sah deutsche Soldaten, die, desertiert oder gefangen, sich sofort für die gefährlichsten Aufgaben zur Verfügung stellten, um im Kampf gegen Hitler zu helfen.

Die Selbstmorde häuften sich, Nazis sahen ihr Spiel verloren, anderen waren die Augen zu spät aufgegangen, verbrecherische Träume und gutbürgerliche Hoffnungen zerflogen. Für

andere wieder, die lange auf diesen Tag des Zusammenbruches gewartet hatten, begann die Arbeit. Sie übernahmen, wo man es ihnen nur erlaubte, die Plätze, von denen aus das Volk seit zwölf Jahren geknebelt worden war, von denen aus es sich hatte knebeln lassen.

Ich hatte Hunderte von Städten und Dörfern gesehen, und das war nur ein kleiner Ausschnitt gewesen. Es war nur ein kleiner Ausschnitt, aber schon so vielseitig, so verschieden und verwirrend, daß es sogar für mich als Deutschen schwer zu verstehen war; wieviel schwerer aber noch für den Ausländer und im Auslande.

Die Besatzungsbehörden hatten eine unvorstellbar schwere Aufgabe. Nach den Greueln der Konzentrationslager war es für einen normalen Menschen schwer zu begreifen, daß der gutangezogene Fabrikdirektor oder Besitzer, der hohe Beamte, Leute, die englisch und französisch sprachen, schuldiger sein konnten als der kleine uniformierte Nazi, der seinen Dienst versah, wie er seine Arbeit an der Drehbank und im Büro getan hatte. Es hatte so einfach ausgesehen: alle Nazis heraus und Anti-Nazis oder unbelastete Leute auf ihre Plätze. Nun war plötzlich alles ganz anders, und es war sogar schwer, herauszufinden, wer ein Nazi war. Man wagte es oft nicht einmal, einen Nazi anzuzeigen, da man ihn und die Gestapo immer noch fürchtete. Man konnte noch nicht begreifen, daß die fürchterliche Macht der Gestapo so einfach und sang- und klanglos verschwunden war. Und die Gestapo selbst, das verworfenste Gesindel, das jemals einen Staat gestützt hatte, war zu allem bereit. Sie stellte sich mit einigen ihrer Leute den neuen Behörden zur Verfügung, gut getarnt natürlich. Zwei ehemalige Konzentrationshäftlinge, die nun für die neue alliierte Polizei arbeiteten, ein Pole und ein Tscheche, hatten einen gefährlichen Gestapomann ausfindig gemacht und begaben sich in seine Wohnung.

„Heil Hitler!" begrüßten sie ihn, als er die Tür öffnete. „Wir kommen direkt von der Kreisleitung."

„Heil Hitler!" war die Antwort, „was gibt es denn?"

„Es geht jetzt los mit dem Wehrwolf." Dem Wehrwolf, der Organisation, die den unterirdischen Kampf gegen die Besatzung führen sollte.

„Fein, daß endlich etwas getan wird . . . . ."

In diesem Augenblicke erst sah der Mann die weißen Armbinden der Polizeihelfer. Er lachte hysterisch: „Da habt ihr mich aber gekriegt, aber . . . ich kenne die ganze Bande vom Wehrwolf, ich gebe euch die ganzen Namen und die Organisation!" Und das war die Bande, die einem Hitler und einem Himmler aus der Hand gefressen hatte, in deren Häusern ich noch Peitschen und Gummiknüppel gefunden hatte, die auf Befehl jeden Mord begingen und wieder begangen hätten, wenn sie noch einmal Gelegenheit dazu gehabt hätten.

Ich sah auch einen alten Mann auf der Straße, der mich anhielt in meinem „Jeep" und mir die Hand schüttelte. „Ich muß Ihnen danken", sagte er; „ohne die Amerikaner und die Engländer wären wir die Bande nicht losgeworden." Ich sah eine alte Frau auf der Straße, die mich fragte, ob das Zuchthaus in Werl in Westfalen zerschossen sei. Sie habe eine Tochter dort, die man zu zwei Jahren verurteilt habe, weil sie aus Mitleid einem französischen Gefangenen Brot gegeben habe. Auch sie war dankbar, denn: „In Altena, da haben eure Leute die SS-Banditen gekriegt, die Bande ist nicht mehr am Leben, so sagte man uns."

Und ich sah meine Mutter, die wochenlang ausgebombt im Winter auf der Straße umhergelaufen war, ohne Wohnung, da sie zu alt sei, um eine nützliche Arbeit zu verrichten, und nicht einmal mit „Heil Hitler" grüßen wolle. Sie sagte mir, selbst halbverhungert, mit 73 Jahren: „Was für ein Volk sind wir doch geworden! Jetzt schicken gerade die Nazis ihre Kinder zu den alliierten Soldaten, um Brot zu betteln."

Was für ein Volk sind wir geworden!

Wenn es schwer zu verstehen ist, in welch unnatürlichen Zustand der Durchschnittsdeutsche während der Hitlerherrschaft versetzt wurde, dann wird es mindestens ebenso schwer sein, ihn und Deutschland wieder in einen natürlichen Zustand zu versetzen. Man wird sich über die Gründe klar werden müssen, die diesen Zustand herbeigeführt haben, wenn man Maßnahmen ergreifen will, die ihm ein für allemal ein Ende bereiten sollen. Sie sind nicht einfach und es gibt keine Patentlösung. Es gibt eine große Zahl von Einzelmaßnahmen, die aber alle innerlich zusammenhängend ein System bilden. Ein System ist aber nur arbeitsfähig, wenn es vollständig ist.

einem Kriege. Schon dieser Wandel und diese kurze Zeitspanne sprechen gegen den „Volkscharakter". In diese Zeit fällt aber auch die Revolution von 1848 mit ihren Meutereien in der Truppe, dem Badischen Aufstande, Aufständen in Berlin, Schlesien, Westfalen und anderen Gegenden Deutschlands. In diese Zeit fällt ebenso die ablehnende Haltung der Masse der Bevölkerung gegen die Reichswehr nach dem ersten Weltkriege, die überall klar als anti-demokratisch und reaktionär verdammt wurde. Vergessen darf man selbst nicht die Opposition der jungen Sozialistischen Partei gegen Krieg und Annektion im Kriege von 1870 und 1871.*)

Wenn es einen kriegerischen deutschen Volkscharakter gäbe, einen durch Jahrhunderte bestehenden und unveränderlich kriegerischen Volkscharakter, dann gäbe es keine Hoffnung für Deutschland. Jede „Umerziehung" wäre umsonst.

Da es diesen „Volkscharakter" nicht gibt, gibt es auch Hoffnung.

Der Weg zum Nationalsozialismus

Wenn es keinen deutschen, immanenten Volkscharakter gibt, der Deutschland immer wieder in Kriege hineintreiben muß, dann muß es aber doch Gründe geben, die, wie das Beispiel des 19. Jahrhunderts und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gezeigt hat, die das deutsche Volk in Kriege hineintreiben konnten, die zu vermeiden waren. Es muß besondere Gründe geben, die Millionen Deutscher in die Nationalsozialistische Partei eintreten ließen, in die SA, die SS und die Masse der anderen Nazi-Organisationen.

Denn darüber, daß diese Organisation der Partei und ihre Unterorganisationen es gewesen sind, die für den Krieg unmittelbar und mittelbar verantwortlich waren, darüber besteht kein Zweifel. Wer die Partei unterstützte, ist für den Krieg und seine Folgen mitverantwortlich, ganz gleich, ob er sah, wohin der Weg führte, oder ob er aus Unwissenheit, Denkfaulheit oder offener Dummheit die Tatsachen nicht erkannte. Dummheit und Denkfaulheit schützen vor der Verantwortung nicht, sie sind in mancher Hinsicht erschwerende Umstände, da sie nicht heilbar sind.

Diese Gründe zu erkennen und zu vermeiden, sind das erste und wichtigste Erfordernis für einen Wiederaufbau Deutschlands. Man kann auch nicht verlangen, daß diese Gründe von den Alliierten zuerst erkannt und herausgearbeitet werden müssen. Deutschland ist in erster Linie für sich selbst verantwortlich. Von außen gesehen sieht alles anders aus und wird durch die Brille ganz anderer Auffassungen von Staat, Wirtschaft und Politik angesehen. Nur wenn jeder Deutsche sich über den Aufstieg der Reaktion und des Nationalsozialismus nach dem ersten Weltkriege klar zu werden versucht, kann er auch versuchen, die Maßnahmen der Besatzungsbehörden zu verstehen. Nur dann kann er erwarten, daß auch seine Gründe anerkannt werden und daß man ihn zur Mitarbeit auffordert und ihm Vertrauen schenkt. Man hat nirgends in der Welt vergessen, daß es Deutsche waren, die in der Wehrmacht mit den fadenscheinigsten Begründungen über neutrale Länder herfielen. Man hat nicht vergessen, daß deutsche Zeitungen nur Tage und Stunden vor dem Angriff regelmäßig die amtlichen Erklärungen veröffentlichten, nach denen Hollands und Belgiens, Dänemarks und Norwegens Neutralität geachtet werden würde, und daß sich keine sichtbare und merkbare Opposition dagegen erhob, wenn diese Neutralität sofort vertragswidrig verletzt wurde.

Man kann es heute noch nicht verstehen, wie Millionen Deutsche ihren Eintritt in die Partei und die Parteiorganisationen einfach mit der Begründung verteidigen, daß man doch sonst materiellen Schaden gelitten hätte. Das ist keine Begründung, das ist eine Selbstanklage. Es gibt Unterschiede, und es gibt Milderungsgründe, aber je höher man auf der sozialen Stufenleiter hinaufsteigt, desto mehr gibt es auch erschwerende Umstände. Der Richter, der plötzlich umlernt und alles, was er bisher als Gerechtigkeit und Recht verteidigte, als Ballast über Bord warf und das Nazi-Unrecht verteidigte, verdient keine Gnade.

Von dieser Plattform aus muß die Säuberung aller Aemter und der Wirtschaft vorgenommen werden. Wenn man im Jahre 1918 und 1919 die Reaktion erbarmungslos beseitigt hätte, wäre der Nationalsozialismus unmöglich gewesen. Wenn man nicht Mitleid gehabt hätte, wenn man nicht weich gewesen wäre, dann hätten die Kriegstreiber nicht ihr Haupt erheben und bald wieder eine bedeutende und tonangebende politische Rolle spielen können. Diese Leute waren es, die sofort nach dem Schluß des ersten den zweiten Weltkrieg vorbereiteten.

Nach den Erfahrungen, die damals gemacht wurden, muß heute gesagt werden, daß nicht die geringste Sicherheit dafür besteht, daß der Naziführer und der General, der Nazibeamte und der „Wirtschaftsführer" nicht einer neuen Versuchung erliegen, eine neue anscheinend erfolgversprechende Lage auszunutzen und wieder einen Krieg oder einen Bürgerkrieg zu beginnen.

Die Republik hat unter dem Drucke der reaktionären Parteien nach 1918 immer nach dem Grundsatz gehandelt, daß es genügt, die wichtigsten Stellen in den Ministerien mit zuverlässigen Männern zu besetzen.

Der Erfolg war nur, daß die alte monarchistische Bürokratie jede Amtshandlung sabotieren konnte. Akten wandern in den Aemtern umher, bis wichtige Zeit verstrichen ist, jeder Beamte hat „Bedenken", die diskutiert werden müssen. Noch besser, sie werden durch neue Aktenvermerke erledigt oder hinausgeschoben. Dabei sieht alles so ganz loyal aus und jeder gibt sich als treue Stütze des Staates.

*) Siehe: In Tyrannos, London, 1944, Artikel Necker, „Der Hochverratsprozeß gegen Bebel und Liebknecht. Deutsche Ausgabe in Vorbereitung.

Als ein preußischer Minister sich einen Mann seines Vertrauens, der damals nur „Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter" war, in sein Vorzimmer setzte, um alle Akten, die vor den Minister kamen, durchzusehen und ihre Erledigung zu beschleunigen, wurde er von allen Beamten, selbst den höchsten, ehrfürchtig gegrüßt. Sobald aber der Minister nicht mehr fest in seinem Stuhle saß, grüßte man ihn nur noch leicht und als der Minister durch einen Rechtsmann ersetzt wurde, setzte man den „Wissenschaftlichen Hilfsarbeiter" in ein Hinterzimmer und beachtete ihn nicht mehr.

Als der bekannte, längst verstorbene Sozialist Adolf Hoffmann, Kultusminister war, ließ er sich angeblich sämtliche Schreiben an das Ministerium täglich in sein Zimmer bringen. Das waren natürlich ganze Waschkörbe voller Briefe. Nach dem Grunde gefragt, antwortete er nur: „Damit sie mich nicht betrügen." Der Grundsatz gründlicher Ueberwachung war richtig. Die persönliche Ueberwachung durch den Minister aber unmöglich. Die einfache Folgerung, daß der Beamtenkörper einheitlich demokratisch und republikanisch sein müsse, wurde nie gezogen. Nur so kam es, daß die Nazis überall ihre Helfer fanden und die Verwaltung praktisch bereits kontrollierten, als sie noch gar nicht an der Macht saßen. Als Hitler zur Macht kam, schwenkten nicht wenige Beamte der Reichsministerien, der Staaten und Kommunen und leitende Angestellte der Wirtschaft, große und kleine Kaufleute, plötzlich ihre Mitgliedsbücher der Nazipartei und anderer Naziorganisationen, die sie oft sogar neben denen anderer Parteien bereits erworben hatten.

Die Lehre daraus muß sein, daß die Nazis und potentiellen Nazis kontrolliert werden müssen, ehe sie daran denken können, wieder an die Macht zu kommen, ganz gleich unter welchen neuen Namen.

Um die Bedeutung dieser Tatsache zu verstehen, brauchen wir nur daran zu erinnern, daß Bayern die Wiege des Nationalsozialismus war. Hier war die Revolution im April und Mai 1919 am schwersten geschlagen worden. Hier war seitdem immer eine reaktionäre Regierung an der Macht. Sie war nicht nationalsozialistisch — diese Bewegung kam erst später hoch. Aber es waren die Schrittmacher des Nationalsozialismus. Es bestand sogar ein ständiger Kampf zwischen Nationalsozialismus und den nationalistischen Regierungen in Bayern. Der Grund war immer, daß ein Wettbewerb um die Macht vorhanden war, jede der beiden Parteien beanspruchte die Macht für sich selbst. Jeder betrog den anderen: beim Hitlerputsch vom 9. November 1923 versuchte Hitler Kahr und seine Leute mit List und Gewalt auf seine Seite zu ziehen — und beschwerte sich dann bitter, daß sie ihm zuerst mit List und dann mit Gewalt entschlüpften. Jedesmal aber wurden die Nazis geschont; sie bekamen nur nominelle Strafen, die in angenehmster Haft und nur teilweise abgesessen wurden. Ganz anders als die Gefangenen der Räteregierung von 1919, die ermordet oder zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt wurden und ihre Strafen auch absitzen mußten. Die Nazis waren, ob sie wollten oder nicht, die Stütze dieser Reaktion, so wie sie erwarteten, daß die bayrische Reaktion einmal ihre Stütze sein würde, wenn sie an die Macht kommen sollten.

Dasselbe geschah auch im übrigen Deutschland. Nazis und Nationalisten liebten sich nicht; aber sie wurden durch gemeinsame Interessen zusammengetrieben. Die Harzburger Front, die am 11. Oktober 1931 errichtet wurde, in der sich Nazis, Stahlhelm und Deutschnationale unter Hugenberg fanden, war ein Verein von Betrügern, die sich gegenseitig den Rang ablaufen wollten. Nur gegen die Republik und die Demokratie standen sie geeint. So wie die Nazis die Deutschnationalen später beiseite drückten, so würden auch die Deutschnationalen die Nazis beiseite gedrückt haben — wenn sie die Macht übernommen hätten. Die Republik wäre auch in diesem Falle erledigt gewesen.

Die Folgerung daraus zu ziehen ist einfach:

> Es dürfen nicht nur die nominellen Naziorganisationen verschwinden und am Wiederaufbau verhindert werden. Es darf nie wieder der Versuch zugelassen werden, reaktionäre, halbnazistische oder verdeckt nazistische Vereine, Verbände und Parteien aufzubauen. Auch nicht unter dem Namen der Demokratie.

Jede dieser Organisationen würde sich aus reinem Selbsterhaltungstriebe sofort mit allen offenen und geheimen reaktionären Kräften verbinden. Plötzlich würde man wieder vor einer Macht stehen, die man vielleicht nicht mehr ausmerzen kann und mit der man rechnen müßte, der man Konzessionen machen muß.

Die in ihren Hoffnungen enttäuschten Nazis und Mitläufer des Hitlerregimes würden wieder Hoffnung schöpfen. Mitläufer anderer Parteien würden genau so nach dem neuen Schwerezentrum gravitieren wie die Industriellen und Bankiers, die Kleingewerbetreibenden und die Bauern der Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der demokratischen Partei, die von ihren Parteien enttäuscht waren. Die Nazis versprachen ihnen alles. Daß sie später nichts hielten, wenn es nicht in ihre Pläne paßte, wird heute oft bedauernd von den „armen Betrogenen" als Milderungsgrund für sie selbst angeführt. Daß der Betrüger an der Republik selbst betrogen wurde, ist kein hinreichender Milderungsgrund.

In diesem Zusammenhange bekommt auch die Ausschließung von Nazis aus der Verwaltung und der Wirtschaft eine neue Bedeutung. Je höher ein Mann auf der sozialen Stufenleiter steht, desto größer ist sein politischer Einfluß. Der hohe Beamte und der Industrielle, der Bankdirektor und der leitende Ingenieur ist nicht nur ein Fachmann an seinem Platze, sondern hat auch politisches Gewicht. Er beeinflußt mit seiner wirtschaftlichen Macht seine Umgebung. Ihm fällt es leichter, eine führende Rolle in Parteien zu spielen und seiner Ansicht Nachdruck zu verleihen.

> Auch aus diesem Grunde dürfen Nazis und kompromittierte Nazihelfer nie wieder in Stellungen gelangen, von denen aus sie ihren Einfluß geltend machen können.

Das Märchen vom Fachmann

Der erste Einwand, der hier erhoben wird und der auch bereits eine erhebliche Rolle gespielt hat, ist der, daß man auf den „Fachmann" nicht verzichten könne.

Der Fachmann hat in Deutschland schon für sehr vieles herhalten müssen und schon lange seine unheilvolle Rolle gespielt. Wenn keine Koalition zustande kam, versuchte man es mit einer Regierung der Fachleute. Die Fachleute waren natürlich, wenn auch weniger bekannte, so doch Mitglieder und Anhänger reaktionärer Parteien. Nur in unangenehmeren Ministerien ließ man Demokraten und Republikaner zu. Wenn das Ernährungsproblem schwierig war, dann durfte sich ein Republikaner dort kompromittieren und unbeliebt machen. Ebenso war es mit dem Arbeitsministerium, wenn die Löhne abgebaut werden sollten.

Es ist im allgemeinen nichts gegen die Fachkunde der Ingenieure, der Techniker und Chemiker zu sagen, die die deutsche Industrie auf eine besondere Höhe gebracht haben, desto mehr aber gegen die Bankleiter und sogenannten Industriellen, die sie leiteten und ihre Politik bestimmten. Es ist zu schnell vergessen oder nie ganz begriffen worden, welchen Schaden die Stinnes und Thyssen, die Leiter der großen Banken und Konzerne angerichtet haben. Für die meisten von ihnen war die Produktion nur ein „Nebenprodukt", ein Vorwand für ihr Machtstreben. Die Aktie und ihr Kurs, die hemmungslose Vergrößerung des Konzerns, das war die Hauptsache.

Als der Stinneskonzern rettungslos verloren und zerfallen war, bauten Industrielle und Bankiers aus ihm die Vereinigten Stahlwerke zusammen und führten die Aktien zu dem überhöhten Kurse von 132% an der Börse ein. Die Vögler und Thyssen aber wurden als Leiter des Stahltrustes bald wieder eine politische Macht. Als ihr künstliches Gebäude wiederum zu zerfallen drohte, waren sie es, die Hitler zur Macht verhalfen. Er sollte die Macht repräsentieren, und nicht nur repräsentieren, sondern auch ausüben, um diesen Leuten, die sich überheblich als „die Wirtschaft" bezeichneten, einen ungestörten Dividendenfluß zu garantieren.

Für diese Aufgabe bereitete sich Hitler vor. Während überall im Lande noch seine „Lautsprecher" das anti-kapitalistische Evangelium verkündeten, ließ er sich bereits von der Schwerindustrie, von der verarbeitenden Industrie und den Banken finanzieren; von jedem, der Geld brachte. Jedem machte er seine Versprechungen bis zu seiner Rede vom Januar 1932 vor den Industriellen des Ruhrgebietes und des Rheinlandes, in der er diese Leute als die durch Tüchtigkeit, Fleiß und Erfolg bestimmten Herrscher in den politischen Himmel lobte. Er selbst bot seine disziplinierten und aufs Wort gehorchenden Anhänger als Schutzgarde des Großkapitals an.

Daß die Industriellen und Bankiers glaubten, Hitler als ihren Vasallen und bezahlten Polizisten ihrer Arbeiter und Angestellten an der Leine führen zu können, stellte ihrer fachmännischen Begabung ein schlechtes Zeugnis aus. Das anscheinend so erfolgreiche politische Manöver, mit dem sich die Industrie eine Schutzgarde für ihre Dividenden sichern wollte, stellte sich als politische Dummheit höchsten Grades heraus. Nicht daß sie ihre Dividenden für die Zeit der Hitlerherrschaft nicht verdient hätten — sie verdienten mehr als je zuvor — aber diese Herrschaft war von kurzer Dauer und am Ende stand der vollkommene Ruin.

Der einzelne „Wirtschaftsführer" ist in den meisten Fällen nur noch sehr nominell ein Leiter seiner Betriebe. Er ist ein Geldverwalter, ein Aktienhändler, der sich hinsichtlich der Betriebsleitung und des Ausbaues auf leitende Angestellte verläßt, auf Ingenieure, Techniker, Chemiker und kaufmännische Angestellte, die den Betrieb viel besser in der Hand haben als der Besitzer der Aktienpakete. Fast nirgends ist ein Betrieb zusammengebrochen, weil die unmittelbare technische oder kaufmännische Leitung versagte. Eine unabsehbare Reihe von Konzern- und Bankzusammenbrüchen zeugt dagegen von der wirtschaftlichen Unbegabtheit der wirtschaftlichen Dummheit der Männer, die in Deutschland bisher als die „Fachleute" hingestellt wurden. Die Konzernleitung war es immer, die versagte und den Einzelbetrieb in den Strudel hineinriß. Die letzte Ausrede ist immer die Wirtschaftskrise, die aber auch nicht durch die Natur, sondern unvollkommene menschliche Maßnahmen und Organisationen hervorgerufen wird.

Nach der Ausschaltung dieser politisch und wirtschaftlich belasteten „Wirtschaftsführer" würden zum ersten Male nach den Zeiten des Aufbaues der deutschen Industrie im 19. Jahrhundert die wirklich produktiven Kräfte die Möglichkeit haben, voll zu zeigen, was sie leisten können. Unter diesen wirklichen Fachleuten wird man genügend unbelastete, jedenfalls viel weniger belastete Männer finden, denen man die Industrie anvertrauen kann. Dies sind die Männer, die wirklich Betriebe geleitet haben. Sie sind weiterhin in viel größerer Zahl vorhanden als die verhältnismäßig kleine Zahl von schwerstbelasteten „Wirtschaftsführern" und „Fachleuten", und unter ihnen wird es leichter sein, eine Auswahl zu treffen.

Es gibt auch noch ein anderes Reservoir. Es hat immer in der Arbeiterschaft und unter den Angestellten einen hohen Prozentsatz von technisch und organisatorisch begabten Männern gegeben, die nie genügend Gelegenheit fanden, ihre Fähigkeiten im Betriebe auszunutzen. Wenn sie auch politisch begabt waren, politisch im weitesten Sinne, betätigten sie sich in den Parteien und Gewerkschaften. Wenn sie nur technisch begabt waren, blieb ihnen kaum eine Hoffnung, einmal an die richtige Stelle zu

kommen. Diese Leute zu finden, sie zu schulen, ihnen das zu geben, was ihnen noch fehlt, wird eine der wichtigsten Aufgaben sein. Bis 1933 haben in den Betriebsräten eine Menge Leute gesessen, die sich eine Betriebskenntnis und Sachkenntnis angeeignet hatten, die denen vieler Betriebsleiter in nichts nachstand.

Der vernazite Industrielle, der Bankier, der hinter Hitler als seinem Führer hergelaufen ist, ist nicht unersetzbar. Ihn zu ersetzen wird nicht nur eine politisch notwendige, sondern auch wirtschaftlich fruchtbare Aufgabe sein. Zum ersten Male nach langer Zeit wird das Zerbrechen der fortschritthemmenden Konzerne und Monopole wieder einer gesunden Konkurrenz der Betriebe Platz machen können. Um überhöhte Preise zu garantieren und aus Gründen der Konzernrentabilität lagen bis weit in die Zeit der Aufrüstung hinein riesige Kräfte brach. Monopole sicherten phantastische Preise — man braucht nur an den Preis des Aspirins zu erinnern, dessen Uebergewinn sämtliche Unkosten des Arzneimittelapparates der I. G. Farben deckte! Hunderte von Millionen kostete die Aufrechterhaltung der Zementverbände, die jeden nur potentiellen Außenseiter, der billiger hätte produzieren können, aufkauften oder sogar das Nichtausführen von Projekten durch hohe Zahlungen sicherten.

Was sich in Deutschland als „Fachmann" aufspielte, das war in sehr vielen Fällen kein Produktions-, das war ein Spekulationsfachmann. Wenn die Spekulation aber versagte, dann hatte der Staat einzugreifen. Die Konzerne waren so groß geworden, daß ihr Fall Millionen Menschen arbeitslos machen konnte — und die politische Macht der Konzernleitung verbürgte sich für die effektive Staatshilfe. Der Steuerzahler hatte für die falschen Spekulationen der „Fachleute aus der Wirtschaft" zu zahlen.

Wenn schließlich nichts mehr zu helfen schien, dann kaufte man sich einen Hitler mit seinen Knüppelgarden und organisierte den krisenfesten, immer Absatz versprechenden Markt der Aufrüstung und des Krieges.

Zu behaupten, daß man zwar ein „starkes Deutschland" und ein „gerüstetes Deutschland" und keinen Krieg gewollt habe, ist eine dumme Ausrede: Rüstungen in diesem Ausmaße können sich nur durch einen Krieg bezahlt machen, den man folgerichtig wollen muß, wenn man nicht schon vorher den Bankrott anmelden will. Ich habe noch von keinem Wirtschaftsführer gehört, der nicht das letzte Mittel angewendet hätte, um den eigenen Bankrott zu vermeiden. Diese Politik der „Fachleute" aber war die Manifestation politischer und wirtschaftlicher Dummheit und Unfähigkeit. Wir dürfen nicht mehr dulden, daß dies System weiterbesteht und diese Männer weiter in den Schlüsselstellungen des Staates und der Wirtschaft ihr Unwesen treiben.

Eine andere Frage ist es, ob man die Ausmerzung der bisher führenden Leute der Wirtschaft unter den heutigen schwierigen Umständen vertreten kann. Sie haben zweifellos nicht nur negative Seiten. Sie haben oft aus materiellen Gründen, Schwachheit oder politischer Dummheit dem nationalsozialistischen Drucke nachgegeben oder aus freien Stücken die Nationalsozialistische Partei unterstützt. Trotzdem, wenn man so lange wie viele von ihnen in der Wirtschaft steht, hat man Erfahrungen, die vielleicht heute nicht brachliegen dürfen. Sie kennen Zusammenhänge, haben Personalerfahrung aus den bisherigen Verbänden der Wirtschaft, die ihren bisherigen Untergebenen nicht zur Verfügung standen und die sie sich erst erwerben müssen.

Sie können und sollten daher, wenn das unbedingt nötig erscheint, als Berater in ihren früheren oder auch anderen Werken weiter verwendet werden. Diese Verwendung sollte aber nur so geschehen, daß sie nie wieder einen schädlichen Einfluß gewinnen können. Es geht auch nicht an, den kleinen Mann zur Arbeit zu zwingen — und wer wird heute schon durch persönliche Not nicht gezwungen zu arbeiten — und diese Leute, vielleicht sogar in ihren Palästen auf genügenden Reserven sitzen und ein bequemes Leben führen zu lassen. Was sie nicht dürfen, ist weiter diktieren und bewußt oder unbewußt — da niemand aus seiner Haut heraus kann — die Industrie und damit auch die Politik in einem Sinne inspirieren, der nicht mehr vertreten werden kann und darf.

In den Monaten nach der Niederlage kam ich in nähere Berührung mit einer großen Zahl führender deutscher Industrieller. Einer von ihnen, Besitzer und Leiter eines der größten und reichsten deutschen Konzerne, benahm sich besonders unterwürfig und willfährig bei diesen Besprechungen. Durch Zufall sah ich dann ein erst kürzlich von ihm gezeichnetes Schriftstück in der Handelskammer dieser Stadt. In unmißverständlich diktatorischer Weise gab er darin weiter den Leitern dieses Gremiums seine Befehle: „Für den Ausschuß X sind die Herren X, Y, Z, namhaft zu machen. Den Herren muß Verfügung A, B und C ausgehändigt werden." Hier fühlte er sich weiter als der Herr, wie er es unbeschadet der formell vor 1933 kollegialen Organisation der Handelskammer immer getan hatte. Bleibt er an seinem Platze, dann wird er es auch weiter tun. Alte Gewohnheit wird den bisherigen Angestellten der Handelskammern und anderer Organisationen es nahelegen, seinen „Befehlen" auch weiter zu gehorchen. Anweisungen höher geordneter Stellen werden seinen Weisungen und Ansichten entsprechend ausgeführt oder nicht ausgeführt werden und Gutachten werden so ausfallen, wie er es wünscht. Wenn er aber einen ganz genau umschriebenen Arbeitsbereich bekommt, genaue Frage zur Bearbeitung vorgelegt bekommt und keine exekutive Gewalt hat, liegen die Dinge ganz anders. Wie oft kommt es vor, daß ein Mann in hervorragender Stellung längst von Angestellten und Untergebenen mit gutem Grund als „Alter Trottel" hinter den Kulissen verlacht wird, der seine Erfahrungen hat, aber doch in vielen „aus der Mode"

ist, dessen Anordnungen trotzdem befolgt werden, da er eine beherrschende wirtschaftliche Stellung einnimmt.

Es bleibt noch die Frage, ob man diese Leute zwingen soll, eine nützliche Tätigkeit auszuüben, und wie man sie an einen Arbeitsplatz bekommen soll.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß im zukünftigen Deutschland jeder, der dazu fähig ist, auch arbeiten soll. Dieser Grundsatz wird verhältnismäßig leicht auf dem Wege über die noch für lange Zeit notwendige Rationierung durchgedrückt werden können: Wer nicht arbeitet, bekommt keine Rationen! Die notwendige Konfiskation des Besitzes der ehemaligen Nazis und Nazigefolgschaft wird dafür sorgen müssen, daß auch der Schleichhandel kein Reservoir für ihren Unterhalt darstellt. Wer die Nazis unterstützt hat, auch dadurch, daß er die Kriegsproduktion bis zum „bitteren Ende" aufrechterhielt, der hat die Folgen zu tragen. Niemand hat mehr Möglichkeit gehabt, sich dem Naziregime zu entziehen als diese Leute — auch wenn es zeitweilig mit einem Verlust ihres Besitzes oder eines großen Teiles ihres Besitzes verbunden gewesen wäre. Sie haben spekuliert, auf das nationalsozialistische Pferd gesetzt und verloren.

Gerade hier darf auch nicht die formelle Mitgliedschaft in der Partei zur alleinigen Richtschnur für den Ausschluß von der künftigen Leitung gemacht werden. Es hat nicht wenige Fälle gegeben, in denen die Besitzer und Leiter eines Werkes die Rollen gut unter sich verteilt hatten. Einer ging in die Partei, um das Werk als nationalsozialistisch einwandfrei zu deklarieren, der andere blieb draußen und übernahm die Führung nach der Niederlage als guter Anti-Nazi. Zusammen aber hatten sie die Nazis bis zuletzt unterstützt und am Kriege profitiert.

In einem anderen Falle hatte ein Mann, der vor 1933 ein kleiner Angestellter war, im Laufe der zwölf Nazi-Jahre einen kriegswichtigen Konzern aufgebaut, der aus einem halben Dutzend Fabriken bestand und einen Wert von Dutzenden von Millionen hatte. Als der Krieg zu Ende war, standen in dem kleinsten Werk noch für zweieinhalb Millionen Mark neuer, noch unausgepackter Maschinen! Dieser Mann aber erklärte nie Nazi gewesen zu sein, und es besteht kein Grund, das nicht zu glauben.

Dieses Dementi der Mitgliedschaft in der Partei war aber nur sehr formell. Der ganze Konzern war folgerichtig auf die kommende Kriegsproduktion eingestellt, als Hitler angeblich noch für den Frieden plädierte. Zu den Werken hatte die Gestapo freiesten Eintritt, um widersetzliche Arbeiter zu foltern und zu verhaften. Eine Gestapo-Folterkammer war unmittelbar in einer der Fabriken eingebaut. Diesem Manne seine Fabriken und seinen Einfluß zu lassen, wäre ein Verbrechen, das sich schnell rächen würde. Als Buchhalter, als Organisator vielleicht, oder in irgend einer anderen Stellung wäre der Mann möglicherweise — wenn er keine kriminellen Strafen abzubüßen hat — zu gebrauchen. Man wird dann auch feststellen müssen, daß alle diese Leute sehr schnell ihr dominierendes und diktatorisches Gehabe verlieren werden. Sie sind in den meisten Fällen von einer Hilfsbereitschaft und Unterwürfigkeit, die keine Grenzen kennt — und bereits wieder eine Gefahr werden kann, da diese Eigenschaften täuschen können.

Wer aber nicht zu belehren ist, wer nicht umlernen kann, der soll den Schutt der zerstörten Häuser abtragen helfen oder Straßen kehren. Wer seine Kenntnisse und sein Wissen nicht zur Verfügung stellen will, wenn es verlangt wird und notwendig ist, der ist ein unsoziales Element und muß dementsprechend behandelt werden. Hier sind die Leute, die nach dem Nazi-Recht behandelt werden müssen, von dem sie so lange profitiert haben.

Wie die Wirtschaftsführer sind auch leitende Angestellte zu behandeln: haben sie eine Nazi-Vergangenheit, haben sie mehr getan als sie nicht vermeiden konnten, haben sie das System gestützt, sind sie unschädlich zu machen.

Je deutlicher sich der Ausgang des Krieges abzeichnete, ja bereits als sehr kaltschnäuzige und kühl berechnende Profiteure des Nazismus bereits mit der Möglichkeit eines ungünstigen Ausganges rechneten, legten sie sich ein Alibi zu. Es hat Männer gegeben, die aus Ueberzeugung jedes Unternehmen gegen die Nazis mit Geld oder auch mit der Tat unterstützten. Andere wieder unterstützten Angestellte und Arbeiter, die in den Konzentrationslagern gesessen hatten oder ihre Familien. Es gab aber auch vorsichtige und weitschauende Männer, die diese Unterstützung als Rückversicherung betrieben. Sie berufen sich heute darauf, um zu beweisen, daß sie nie wirkliche Nazis waren und nur im Interesse ihrer Arbeiter und ihrer Familien das Opfer auf sich nahmen, in die Partei einzutreten.

Hier wird man ohne Mitleid einen klaren und deutlichen Schnitt zu machen haben. Selbst hohe Nazibeamte, wie der Gauleiter von Hamburg, der sich vorher nie eines guten Rufes erfreute, wußte sich so zu verhalten, daß er in weiteren Kreisen als ein „Guter Nazi" angesehen wurde.

Je offener sich jemand heute noch zum Nazismus bekennt, desto weniger gefährlich ist er: man kennt ihn und seine Ansicht, man kann ihn überwachen und in seinen Schranken halten. Als in Süddeutschland Kriegsgefangene entlassen und nach Hause geschickt wurden, bekannte sich ein einfacher Soldat offen zum Nationalsozialismus. „Ich weiß", sagte er, „daß ich wieder eingesperrt werde, ich werde in ein Konzentrationslager kommen. Ich muß aber zugeben, daß ich ein Nazi bin und daß ich glaube, daß der Führer Recht behalten wird." Er war höchst erstaunt, als ihm der amerikanische Offizier sagte: „Sie sind der erste, der sich hier offen zum Nationalsozialismus bekennt, alle anderen wollen nie Nazis gewesen sein. Sie sind entlassen."

Die öffentlichen Körperschaften

Wie in der Privatindustrie wird auch mit den öffentl. Körperschaften und den Betrieben des Reiches, der Länder und der Kommunen zu verfahren sein.

Ihre Leiter haben immer die Tendenz gehabt, sich für unersetzlich zu halten. Sie haben es auch oft verstanden, diese Meinung den Besatzungsbehörden beizubringen. Gerade bei diesen Betrieben aber, den Verkehrs- und Versorgungsbetrieben besonders, bestand die Arbeit der leitenden Personen viel mehr in „Routine" als in der privaten Industrie. Alle diese Betriebe liefen viel mehr nach einem langfristigen Plane, der nur selten abgeändert oder unterbrochen wurde. Sie waren mehr als andere „Beamtenbetriebe". Die Leiter sind daher leichter zu ersetzen. Das Einarbeiten einer bisher nachgeordneten Person, die nicht belastet ist, wird leichter vonstatten gehen.

Die Eisenbahnen haben ohne das Verkehrsministerium in Berlin in allen Bezirken zu laufen begonnen und auch ohne die Eisenbahndirektionen haben sogar kleinere Bezirke den Betrieb wieder aufnehmen können. Dasselbe geschah in der Post, in weitverzweigten Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken. Es ist erstaunlich, wie schnell der Betrieb in den meisten Fällen ohne zentrale Leitung wieder lief. Wie die Organisation in Zukunft geführt werden kann, wird eine spätere Betrachtung zeigen.

Reorganisierung der Wirtschaft

Niemals in seiner Geschichte hat Deutschland so viele Möglichkeiten gehabt, auf allen Gebieten der Wirtschaft neu zu beginnen und einen Wirtschaftsapparat aufzubauen, der allem, was bisher vorhanden war, überlegen ist. Das mag, angesichts der Zerstörungen des Krieges, sonderbar und falsch erscheinen, ist aber trotzdem richtig. Eigentumsschranken, überkommene Unvollkommenheiten, Ueberbleibsel aus früheren Perioden jeder Art, Bodenbesitz und Spekulation früherer Epochen standen einer vernunftgemäßen Entwicklung im Wege.

Deutschland war das Land der stärksten Kartelle und Syndikate, die ihren Besitz und ihr „Recht" mit Klauen und Zähnen verteidigten. Der Großgrundbesitz war ein historisches Unrecht, das durch Subventionen und Zölle die Preise seit Jahrzehnten hinauftrieb, und die Industrialisierung des neunzehnten Jahrhunderts hatte Steinhaufen an Stelle der Städte entstehen lassen, die auf normale Weise nicht in mehr als hundert Jahren wieder zu korrigieren waren.

Die Verpflichtungen, die Deutschland durch den Waffenstillstand auferlegt wurden und durch den Frieden auferlegt werden, müssen ungeheuer schwer sein. Niemand wird das verhindern können, und es wäre falsch, die schon während des Krieges auf Grund der Erfahrungen nach 1918 erwartete „Mitleidskampagne" zu organisieren: diesmal wird niemand Notiz davon nehmen. Andere Länder haben mindestens ebenso schwere Schäden erlitten und das Mitleid ist bei den Ueberfallenen und nicht bei dem Angreifer.

Der Wiederaufbau muß darum von Deutschland allein durchgeführt werden, nur die eigenen Kräfte werden dafür zur Verfügung stehen, und auch diese werden durch schwere Verpflichtungen behindert sein. Um so folgerichtiger muß der Aufbau durchgeführt werden, um so wissenschaftlicher, um so unbelasteter durch sentimentale Schranken und alte, überholte Rechte und Anschauungen.

Es darf nicht wieder geschehen, daß die Wirtschaft wie nach dem ersten Weltkriege durch eine Hypothek zu Gunsten von Industriezweigen belastet wird, die ihre Kriegsverluste in den verlorenen Gebieten doppelt und dreifach ersetzt bekamen und mit diesen Zahlungen die Werke allein nach ihrem Willen wieder aufbauen durften, ohne nach den Interessen des Staates zu fragen. Noch einmal hat dann die Industrie des Ruhr- und Rheingebietes während der Ruhrbesetzung, die allein durch ihre Propaganda und durch ihren Widerstand gegen Reparationen herbeigeführt war, riesige Entschädigungen eingesteckt, ohne über die Verwendung Rechenschaft ablegen zu müssen.

Rechte über Sachen hängen immer an Personen, und diese Personen sind in ihrer großen Mehrzahl durch ihre Arbeit für das nationalsozialistische Regime und mit dem Regime so kompromittiert, daß man vor diesen Personen und ihren Rechten keinen Halt mehr zu machen braucht. Wer sich dem Nationalsozialismus verschrieben hat, der hat der Kriegspolitik gedient und die Folgen zu tragen. Er hat die Zerstörung seines Werkes selbst gefördert und kann

keinen Anspruch auf Entschädigung machen. Wenn aber das Werk auch heute noch in den Produktionsplan einer neuen Wirtschaft hineinpaßt und mit öffentlichen Geldern wiederaufgebaut wird, dann wird der Besitzer sich daran gewöhnen müssen, daß eine Hypothek wenigstens in der Höhe der Wiederaufbausumme darauf eingetragen wird, oder daß der Staat oder die Kommune sich auf andere Weise bezahlt macht und einen dauernden Einfluß ausübt.

Die große Masse der Schwerindustrie aber wird erbarmungslos den heutigen Besitzern enteignet werden müssen. Man kann die Nazis — und dazu rechnen nicht nur die überzeugten Parteimitglieder, sondern oft in erhöhtem Maße die Parteiförderer außerhalb ihrer Reihen — wohl zeitweilig aus der Politik ausschalten und unschädlich machen. Man kann die Gefahr aber nicht dauernd beseitigen, wenn man ihnen nicht ihre wirtschaftlichen Grundlagen nimmt. Die politische Haltung dieser Leute war kein reiner Zufall, keine irgendwie unabhängig von ihrer materiellen Existenz gewonnene ideelle Ueberzeugung. Sie war in den meisten Fällen das Produkt von Erziehung und der besonders ausgeprägten monopol-kapitalistischen Form der deutschen Industrie. Durch Abstammung und Erziehung überkommene Ansichten kann man ihnen nicht nehmen; man kann ihnen aber die Möglichkeit nehmen, diese Ideen zu praktizieren.

Wenn man den Fehler machen würde, einfach andere Leute an ihre Stelle zu setzen, könnten leicht oder müßten sogar — bei gleichbleibender Struktur der Industrie — ähnliche Tendenzen in diesen neuen Herren der Industrie und der Banken entstehen.

Dies ist der Grund, warum hier an erster Stelle der Wechsel der Personen gefordert wird: ohne ihn gibt es keinen Wechsel in der Organisations- und Besitzform. Danach wird der Wechsel in der Organisationsform einsetzen müssen: ohne ihn gibt es keine bleibende Ausschaltung der Gefahren, die in den Personen der Leiter der Wirtschaft liegen.

Wir haben in Deutschland einmal diesen Fehler gemacht, anzunehmen, daß ein bloßer Wechsel in der politischen Leitung genüge, und uns 1918 mit Lippenbekenntnissen zur Republik begnügt. Der Mißerfolg sollte abschrecken.

Gefahr einer Bürokratisierung?

Was einer Nationalisierung, sei sie nun freiwillig eingeführt, so wie es heute in Großbritannien geschieht, oder zwangsläufig, so wie es von den Verhältnissen heute in Deutschland erfordert wird, entgegengehalten wird, ist die angeblich damit verbundene Bürokratisierung. Man wird untersuchen müssen, ob diese Gefahr wirklich besteht, und ob sie weiter bestehen muß.

Der Ursprung des Staatsbürokratismus geht zurück in die Zeit des Merkantilismus des absoluten Staates, der vor dem modernen Kapitalismus entstand. Der Privatkapitalismus hat erst später die höchst erfolgreichen Formen wirtschaftlicher Verwaltung entwickelt, und es ist nicht der geringste Grund dafür vorhanden, warum sie nicht ebenfalls von einer modernen Wirtschaft übernommen werden sollten. Nebenbei bemerkt: die großen Konzerne der Schwerindustrie und der Chemie und auch der Banken haben ebenfalls ihren eigenen Bürokratismus entwickelt, der dem des Staates in vieler Hinsicht nicht im geringsten nachsteht. Auch das muß vermieden werden. Besonders die Kartelle und Syndikate stellten bürokratische Organisationen erster Ordnung dar. Sie wurden mit der Zeit Selbstzweck, manchmal ohne den geringsten eigenen wirtschaftlichen Zweck mehr zu haben. Der frühere Leiter eines Verbandes, der inzwischen längst in ein Ministerium übernommen war, erkundigte sich einmal nach seinem ehemaligen Verbande und erfuhr, daß er immer noch bestand. Die Gelder gingen immer noch prompt ein und die Büros waren weiter besetzt. Die Frage, was er denn für das Geld mache, wurde von dem neuen Leiter auf die folgende Art beantwortet: „Natürlich gar nichts. Wenn wir uns melden würden, würde man doch merken, daß wir noch da sind, und entweder von uns mehr verlangen als wir tun können oder unsere völlige Zwecklosigkeit feststellen. So aber stehen unsere Mitgliedsbeiträge in den Büchern und werden automatisch als laufende Unkosten weiterbezahlt."

Es besteht kein Grund dafür, warum nicht der Staat die vom Kapitalismus entwickelte Form der Geschäfts- und Buchführung ebenfalls übernehmen sollte. Das wäre an sich nichts Neues. Die dem Preußischen Staate gehörenden Harpener Bergwerke, die Reichskreditgesellschaft und andere Werke des Staates, des Reiches und der Länder handelten ebenso. Doch hatte man hier den Fehler gemacht, den Staat und die anderen öffentlichen Körperschaften nur zum kapitalistischen Besitzer der Betriebe zu machen. Die Betriebe traten ganz wie alle anderen Privatbetriebe den kapitalistischen und monopolistischen Verbänden bei, ja, sie waren teilweise in Privatbesitz und wurden so privatwirtschaftlich dominiert.

Was aber geschehen kann und sollte, das soll hier an einem Vorschlage gezeigt werden, der noch während der Inflation nach dem ersten Weltkriege von dem Verfasser zusammen mit Prof. R. Kuczinski und dem sozialistischen Abgeordneten Heinrich Ströbel für den damaligen Deutschen Eisenbahnerverband und späteren Einheitsverband Deutscher Eisenbahner ausgearbeitet wurde.

Untersuchungen hatten gezeigt, daß die Privatindustrie der Reichsbahn und ihren Vorgängern, den Staatsbahnen, stark überhöhte Preise vorschrieb, die die Eisenbahnen ständig am Rande des Ruins hielten. Die gleichen Werke aber verlangten von privaten Kunden und vom Auslande wesentlich niedrigere Preise. Scharfe Kartellierung und die Monopolstellung (besonders des Stinneskonzerns) verhinderte den Einkauf bei Außenseitern. Die gefährdete Lage der Bahnen aber wurde wiederum von Stinnes und seinen wirtschaftlichen und politischen Freunden benutzt, um seine Pläne für die Uebernahme der Bahnen in Privatbesitz durchzuführen. Es waren bereits Auslandsverbindungen angeknüpft, um dies zur Bedingung für eine Auslandsanleihe an das Reich zu machen.

Ausgehend von der Tatsache, daß Verbände nur effektiv sein können, wenn sie fast den ganzen Wirtschaftszweig umfassen und weniger als 5—10 % Außenseiter haben, wurde verlangt, daß für die Reichsbahn durch Gesetz gewisse Werke: Kohlengruben, Hochöfen, Walzwerke, Lokomotiv- und Waggonwerke, enteignet werden sollten. So würde die öffentliche Hand in erster Linie ein Mittel bekommen, um eine wirkliche Preiskontrolle auszuüben. Die Werke würden außerdem vollbeschäftigt sein und nicht durch schlecht geführte und ungünstig gelegene Konzernwerke behindert sein, die durchgeschleppt werden müssen.

Dies würde sofort den Kartellen einen der bequemsten Kunden genommen haben, aus denen die Uebergewinne stammten, die allein die unwirtschaftliche Konzernpolitik ermöglichten. Denn die Eisenbahnen waren der bei weitem größte Betrieb Deutschlands mit einem ständigen, unabänderlichen Minimalbedarf.

Die neuen Werke der Reichsbahn aber hätten — eine Folge der dauernden Vollbeschäftigung — auch andere Aufträge zu günstigeren Bedingungen, als sie von den kartellierten Werken gewährt werden konnten, übernehmen können. Der Verlust des größten Abnehmers und der potentielle Verlust anderer Abnehmer allein hätte dann die Verbände zusammenbrechen lassen. Eine heilsame Konkurrenz und ein scharfer Preisdruck wären die Folge gewesen. Der Etat der öffentlichen Körperschaften wäre entlastet worden und die Kosten der verarbeitenden Industrie gesenkt worden.

Die staatseigenen Werke hätten selbstverständlich weiter nach wirtschaftlichen Grundsätzen arbeiten müssen: sie mußten ihre eigene verantwortliche Direktion haben und unbürokratische Aufsichtsorgane. Sie durften keiner bürokratischen Staatsaufsicht unterstehen und nicht von einem Beamtenkörper geleitet werden, der eigenen Gesetzen gehorcht und nicht denen des Betriebes.

Wie aber die Bürokratie arbeitet, mag man an einem anderen Beispiele ersehen. Während der Verhandlungen über den ersten Entwurf für die Umwandlung der Reichsbahn in einen privatwirtschaftlich geführten Betrieb wurde die Frage diskutiert, wann der oberste Leiter der Reichsbahn bei hohen Ausgaben den Verwaltungsrat zu befragen habe. Die ängstliche Bürokratie bestand darauf, daß diese Befragung bereits bei Ausgaben von über 30 000 Mark zu geschehen habe. Man muß dabei bemerken, daß diese Verhandlungen im Frühjahr oder Sommer des Jahres 1922 stattfanden, als die Inflation bereits weit fortgeschritten war, und daß dies Gesetz am 1. April 1923 in Kraft treten sollte.

Es ergab sich ungläubiges Kopfschütteln, als ich die Frage stellte, ob man denn erwarte, zu dieser Zeit für diese Summe noch ein Paar Schuhe kaufen zu können.

Als ich dann gegen Ende des Jahres in das Zimmer eines der Ministerialräte trat, der an den Verhandlungen teilgenommen hatte, rief er mir zu: „Sie haben damals doch recht gehabt. Ich wollte mir heute ein Paar Schuhe kaufen und sie kosteten 35 000 Mark!"

Es ist kaum nötig zu sagen, daß aus diesem Entwurf nichts wurde. Die spätere Reichsbahn war einer der technisch bestgeleiteten Betriebe Deutschlands. Finanziell hätte sie weit bessere Ergebnisse erzielen können, wenn nicht der Verwaltungsrat von Interessenten der Industrie besetzt gewesen wäre.

Es fragt sich nun, ob und wie diese Pläne heute durchgeführt werden können. Die Antwort ist im Augenblicke noch: wesentlich besser als damals! Die Kartelle sind zerfallen und mit ihnen die politische Macht der Privatwirtschaft. Es besteht keine wohlorganisierte Opposition in Parlamenten und anderen öffentlichen Organen. Die Presse ist nicht in der Hand der Schwerindustrie, wie es gerade zur Zeit der Veröffentlichung dieser Vorschläge in der „Stinnes-Aera" der Fall war.

Es besteht auch nicht die wirtschaftliche, sondern in erster Linie die international anerkannte politische Notwendigkeit, die mit wenigen Ausnahmen vernaziten Besitzer und Leiter der Industrie unter dem Drucke der Notwendigkeit auszuschalten, den Wiederaufbau so schnell wie möglich durchzuführen. Außerdem werden die Gelder für den Wiederaufbau zum großen Teile aus öffentlichen Kassen fließen müssen: und wer das Geld gibt, diktiert die Bedingungen!

Unter privatwirtschaftlicher Leitung würde die Industrie Deutschlands zweifellos uneinheitlich nach individuellen Bedürfnissen aufgebaut werden. Es würden Gelder und damit Arbeitskräfte in Werken investiert werden, bei denen man erst nach geraumer Zeit feststellen können wird, daß sie überflüssig und alle Aufwendungen verloren sind.

Nur in der Wirtschaftsstelle der öffentlichen Hand kann für eine lange, dem Kriege folgende Periode festgestellt werden, wo der dringendste Bedarf ist und wie er befriedigt werden kann. Die Verbindung einer öffentlichen Wirtschaftsstelle mit einer neuen Privatindustrie oder privat dominierten Industrie würde leicht zu einer überwältigenden Korruption führen. Provisionen und Bezahlungen und das Angebot des Uebertrittes in die Privatindustrie würde die Leiter und die Beamten leicht in Versuchung führen, Aufträge und Kredite in Kanäle zu leiten, in die sie nicht gehören. Auch für eine solche Entwicklung hat es nach dem ersten Weltkriege genügend Beispiele gegeben. Es war kein Wunder und kein Zufall, daß leitende Beamte und Angestellte des Reiches und der Länder bald in hervorragender Stellung der Industrie auftauchten. Mit ihrer Kenntnis der Personen und des Apparates gelang es ihnen leicht, Vorteile für ihre Betriebe zu erzielen, die sonst unerreichbar gewesen wären.

Es gehört zur „Ethik des privaten Kaufmannes", den höchsten in der jeweiligen Lage erreichbaren Preis zu erzielen. In der Zeit des Mangels, die auf Jahre hinaus zu erwarten ist, würde das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage zu einem riesig überhöhten Preisniveau führen. Eine einfache, formale Preiskontrolle ist aber nach allen bisherigen Erfahrungen unwirksam. Der Staat kann den Preis nicht festsetzen, wenn er sich den Preis erst von privaten Interessenten vorrechnen lassen muß und keine Möglichkeit eigener Kontrolle in eigenen Betrieben hat. Die Preisüberhöhung würde bereits in der Industrie selbst beginnen, wenn die ungeregelt produzierende Menge der verarbeitenden Betriebe in Wettbewerb um die ungenügende Menge der Vorprodukte treten würde.

So würde zum Beispiel eine große Anzahl von Seifenfabriken sich den Rang bei den Oel, Fett, Soda usw. produzierenden Werken abzulaufen versuchen, um genügend Rohmaterialien zu bekommen, die Produktion zu steigern und damit die Unkosten zu senken. Die Rohmaterialpreise für Seifenfabriken würden entsprechend steigen. Mit einer Absatzkonkurrenz ist auf lange Zeit nicht zu rechnen, die hohen Einkaufspreise könnten darum unverändert oder sogar mit einem neuen „Mangelaufschlag" auf den Verbraucher abgewälzt werden.

Besteht in dieser Situation ein nicht von dieser „Ethik" geleiteter Konzern, der auch nur die selben Einkaufsbedingungen hat wie die Rohstoffwerke, ein Konzern von weiter verarbeitenden Betrieben, die bei den Rohstoffwerken zu normalen Bedingungen kaufen und ebenfalls zu normalen Bedingungen verkaufen, kann der Preis im Einzelhandel viel niedriger liegen. Zwei Elemente der Preiserhöhung wären ausgeschaltet. Der Konsum wird die Waren des billigeren Staatsbetriebes bevorzugen. Dieser Betrieb wird ständig vollbeschäftigt sein (soweit die Rohstoffe reichen). Teure Reklame wird überflüssig, da der niedrige Preis an sich Reklame bedeutet.

Ohne diese Konkurrenz würden sich die privaten Firmen schnell wieder zu einem Verbande oder Verkaufssyndikate zusammenschließen oder andere Verabredungen treffen und die Preise auf der höchsten erzielbaren Höhe fixieren.

Genossenschaften im Wiederaufbau

Es ist keineswegs gesagt, daß diese Wirkung allein durch Verstaatlichung oder Kommunalisierung erreicht werden kann. Eine große Anzahl von Einzelhandelsstellen würde sicher eine hohe Belastung für die Oeffentliche Hand darstellen. Ohne einen Einzelhandel, der nicht nach unseren preisdrückenden Prinzipien handelt, könnte der Preis in der Mangelperiode wieder hinaufgeschraubt werden: Die Konkurrenz der Käufer um die Ware würde dafür sorgen. Außerdem würde vieles nicht in den Handel, sondern in den Schleichhandel geraten. Der normale Bedarf würde noch einmal durch die in den Schleichhandel abgewanderten Waren eingeschränkt und die Tendenz zur Preiserhöhung befestigt. Je weniger der Käufer im Laden kaufen kann, desto mehr muß er im Schleichhandel zu erwerben suchen. Er treibt die Schleichhandelspreise in die Höhe und damit wieder den Anreiz ihm, und nicht dem legitimen Handel Ware zuzutreiben. Eine Schraube, die nur an der Schranke der absoluten Kaufkraft ihr Ende findet.

Der Ausweg aus diesem Dilemma sollte die Wiederbelebunug der Verbrauchergenossenschaften, der Konsumvereine sein. Ein Beispiel dafür was auf diesem Gebiete geleistet werden kann, sind die englischen und schottischen Co-Operativen, die weit mehr als zehn Millionen Mitglieder bei einer Gesamtbevölkerung von 50 Millionen haben. Sie spielen eine beherrschende Rolle im britischen Handel und haben sich eine große Anzahl von eigenen Fabriken angegliedert. Kakao- und Teeplantagen in Afrika und Indien sorgen dafür, daß die Konsumvereine den Preis ständig kontrollieren können und ihnen der Lebensfaden von der privaten Konkurrenz nicht abgeschnitten werden kann. Eigene Banken finanzieren die Betriebe und überschüssige Gelder werden erst nach diesem Kriege in eine große Zahl von Hotels in Badeorten, Sommerlagern für Urlauber und in neuangegliederten Kaufhäusern angelegt. Neuerdings gehen die britischen Konsumvereine sogar in den Treibstoffhandel.

Man kann in diesen Konsumvereinen alles haben, was zum Leben gehört: von der Kleidung und Nahrung zur Wohnung, Heizung, den Möbeln und der Medizin bis zum — Sarge und zur Verbrennung im Krematorium. Mangelwaren, die nicht staatlich rationiert waren, wurden auf Grund einer privaten Rationierung im Geschäft gerecht verkauft und nicht an bevorzugte Kunden oder zu überhöhten Preisen an den Meistbietenden. Die rapide Zunahme der Mitglieder, die steigenden Umsätze und Gewinne erklären sich so von selbst.

Es wäre ein entscheidender Fehler, die Möglichkeiten, die durch die Konsumbewegung geboten werden, nicht auszunützen und sogar die Wiederbelebung eines lebensunfähigen Kleinhandels zu ermutigen. Mindestens solange die Mangelperiode andauert, kann der Kleinhändler, der nur einen sehr beschränkten Kundenkreis befriedigen kann, kaum sein Leben fristen. Für Verbesserung des Betriebes, Kühlung oder anderweitige Schonung oder Verbesserung der Ware stehen ihm keine Mittel zur Verfügung. Er ist nur der Lückenbüßer, bei dem man aus Bequemlichkeit kauft. Das System ist überholt und unwirtschaftlich, es ist eine Vergeudung von Kapital und Arbeitskraft.

Das bedeutet nicht, daß alle Einzelhandelsbetriebe nun stillgelegt werden müssen. Es ist nur sinnlos, daß, wie das in solchen Zeiten üblich ist, zehntausende und hunderttausende, die anderweitig keine Beschäftigung zu finden fürchten oder dem alten Ideal der „Selbständigkeit" anhängen, nun versuchen, neue Einzelhandelsbetriebe zu eröffnen oder während des Krieges verlorengegangene wieder zu beleben.

An ihre Stelle muß eine neue, wirtschaftlich gesundere Organisation treten. Die lebhafte Mitwirkung der Mitglieder der Konsumgenossenschaften in der Verwaltung, in der sie Sitz und Stimme haben, ist außerdem eine Schule für diejenigen, die es unter der Naziherrschaft verlernt haben, am öffentlichen Leben teilzunehmen und ihren Mund in der Oeffentlichkeit aufzumachen. Sie sind ein gutes Stück demokratischer Erziehung.

Der Nationalsozialismus hat die alte deutsche Konsumbewegung zerstört und ausgeraubt. Noch in letzter Minute wurden im April 1945 durch Millionenschiebungen riesige Werte der Hamburger Zentrale verschoben. Die wenigstens teilweise Wiedergutmachung sollte darin bestehen, daß der neuen Konsumbewegung genügend ehemalige Nazibetriebe des Großhandels und der Produktion und Einzelhandelsstellen belasteter Nazis zur Verfügung gestellt werden. Eine gesund entwickelte

Konsumbewegung kann später andere Betriebe des Staates gegen reguläre Bezahlung übernehmen und Verwaltung und Aufsicht des Staates damit entlasten.

Es muß hier auch daran erinnert werden, daß in England die Konsumbewegung nicht nur im materiellen, sondern auch kulturellen Leben des Landes eine außerordentliche Rolle spielt. Sie besitzt eins der erfolgreichsten englischen Sonntagsblätter, das in London und in Manchester gleichzeitig erscheint und seinen Kreis überraschend schnell erweitert hat. Sie hat Theater, Diskussions- und Tanzgruppen und eine politische Bewegung innerhalb der Arbeiterpartei, die ebenfalls bei den letzten Wahlen besonders erfolgreich war.

Das alles ist mit der demokratischen Initiative der Mitglieder aufgebaut worden. Die Erfolge wurden vielleicht am stärksten sichtbar, als die verbreitetste Londoner Tageszeitung mit einer Millionenauflage eine Kampagne gegen die Konsumvereine und zum Schutze des kleinen Kaufmannes eröffnete: Sie mußte sehr schnell wieder eingestellt werden, die Proteste liefen allem Anschein nach in zu großer Zahl ein.

Gefahren der „Gemischtwirtschaft"

Jede Uebergangsperiode ist voller Gefahren. Ueberall gibt es Unsicherheit, Unerfahrenheit und Interessengegensätze. Das wird sich besonders dort zeigen, wo alteingesessene Interessen mit langen Erfahrungen sich gegen neue, notwendige Entwicklungstendenzen stemmen. Je schärfer der Angriff, desto schärfer die Gegenwehr. Als nach dem ersten Weltkriege Sozialisierungsversuche und Kommunalisierungsversuche gemacht wurden, setzte sofort die Korruption ein. Erfolgreiche Leiter öffentlicher Betriebe wurden „wegengagiert" und offene Bestechung nahm überhand. Die Auftragsvergebung öffentlicher Betriebe wurde vielfach durch Bestechung beeinflußt. Das geschah besonders in der Bauwirtschaft, die auch diesmal eine überragende Rolle spielen wird. Vertreter kommunaler Baubetriebe und kommunaler Bauüberwachung wurden durch Vorteile dazu bewogen, Aufträge an bestimmte Firmen zu vergeben. Grundstücke wurden zu günstigeren Bedingungen verkauft oder Hypotheken an geheim, in irgendeiner Weise zahlende Baufirmen vergeben, andere Firmen ausgeschlossen. Die Korruption breitete sich sogar in den Genossenschaften aus. Leitende Angestellte dieser Genossenschaften sahen sich plötzlich im Besitz eines sehr billigen Grundstückes, eines kleinen Hauses, das mit der Zeit ausgebaut wurde. Für sie war es leicht, die Aufträge an den Bauunternehmer zu vergeben, die diese billigen Grundstücke und Häuser vermittelt hatten.

Der Bauunternehmer konnte leicht das billigste Angebot machen, wenn der Leiter der Genossenschaft bei der Ueberwachung der Bauausführung beide Augen zudrückte und die Ausführung billiger wurde. Die Aufdeckung war schwer, da der Unternehmer natürlich den Mund hielt und eine Verfolgung nicht auf bloßen Verdacht einsetzen konnte.

Die Reihe der nach gemeinsamem Plan arbeitenden Gemeinwirtschaftlichen Betriebe sollte daher so lückenlos wie möglich gemacht werden. Das wird wichtiger sein als es jede Ueberwachung sein kann. Ein praktisches und erfolgreiches Beispiel für die Bauausführung im Gegensatz zur reinen Bauvergebung der üblichen Genossenschaften waren die Gemeinnützigen Baubetriebe der Freien Gewerkschaften unter Dr. Martin Wagner. Ihr Beispiel und ihre Erfolge sollten studiert werden.

Wenn die öffentliche oder gemeinnützige Wirtschaft in alle Zweige der Wirtschaft eindringt und mit der privaten Wirtschaft konkurriert, ist die größtmögliche Sicherung gegen diese Gefahren gegeben. Wenn trotzdem die Korruption nicht auf der empfangenden Seite entdeckt werden kann, wird sie in den meisten Fällen bei der gebenden Seite festgestellt werden können: beide unterstehen derselben Kritik der Geschäftsführung und Bilanz. Die Interessengegensätze zwischen privater und gemeinnütziger Wirtschaft würden ebenfalls gegenseitige Ueberwachung gewährleisten. Im rein privatwirtschaftlichen Sektor „hackt keine Krähe der anderen die Augen aus". Jeder hat damit zu rechnen, daß der Konkurrent ebenfalls Fälle seines eigenen Betriebes kennt, die besser im Dunkel bleiben. In einer organisierten Wirtschaft, in der Bedarf und Bedarfsdeckung einander angepaßt werden, in der weder wilde Konkurrenz noch monopolistische Preisringe existieren, ist die Gefahr der Korruption bereits eingeschränkt. Wo der private Unternehmer durch Auftragsvergebung und durch seine Stellung auf dem Arbeitsmarkt keine politische Machtstellung gegenüber öffentlichen Körperschaften einnimmt, hört auch die Beeinflussung dieser Körperschaften auf, die in der Weimarer Republik eine besondere Rolle spielte.

Die offenbarste Korruption, auch wenn sie so üblich war, daß sie nicht mehr als Korruption angesehen wurde, war die Korruption der Parteien durch Interessentengruppen. In fast allen rechtsstehenden Parteien saßen Reihen von Vertretern, die nur durch den Einfluß und das Geld von Konzernen und Verbänden auf die Parteilisten gekommen waren und so ins Parlament gewählt wurden. Viele von ihnen haben im Parlament selbst kaum den Mund aufgetan — dafür aber hinter den Kulissen einen um so gefährlicheren Einfluß gehabt. Um Geld für die Parteikassen zu bekommen, wurden Parlamentssitze meistbietend an den bestzahlenden Konzern oder Verband verkauft. Diese Parteien wurden zu Interessenvertretungen, wenn sie nicht, wie die „Wirtschaftspartei" von vornherein ganz offen als wirtschaftliche Vertretung be-

stimmter Interessen deklariert waren. Um seine wirtschaftlichen Zwecke bestmöglichst durchzusetzen, verkaufte man seine politische Ueberzeugung an wechselnde Mehrheiten, gegen Zugeständnisse im eigentlichen Interessengebiete. Den Höhepunkt dieser Entwicklung bedeutete es, als die Industrie nach der Rede Hitlers vor den rheinisch-westfälischen Industriellen im Januar 1932 sozusagen die ganze Nationalsozialistische Partei in Bausch und Bogen gegen bare Zahlung übernahm. Daß Hitler dabei den geheimen Vorbehalt machte, seine neue Herren nach Uebernahme der Macht selbst wieder übers Ohr zu hauen — das ist eine andere Sache, die an der Tatsache des Kaufes und Verkaufes einer ganzen Partei nichts ändert.

Diese Erscheinungen müssen überall und immer auftreten, wenn in der privaten Konkurrenzwirtschaft Krisen entstanden sind, die Leben und Existenz mächtiger Wirtschaftsgebilde bedrohen. Der Kampf um Geld und Macht wird mit allen Mitteln geführt. Krisenzeiten hat es nach dem ersten Weltkriege mit kurzen Unterbrechungen immer gegeben. Nach dem letzten Kriege wird es auch im günstigsten Falle zehn und mehr Jahre dauern, bis wieder ein nur annähernd normales Leben entstehen kann. Bis dahin würde unter einer rein privaten oder privat dominierten Wirtschaft immer die Gefahr chronischer Korruption bestehen. Wer das nicht will, der muß die ganze Wirtschaft einer „Aktiengesellschaft Deutsches Reich" überlassen, in der die Ausbeutung der 60 Millionen Deutschen klar und offen rechtlich sanktioniert ist. Die Korruption wäre damit als unnötig beseitigt — der Profit ohne sie gesichert. Die Preise würden selbstverständlich ein Maximum darstellen — der Hunger ebenfalls. Die Alternative ist die Ausschaltung des gefährlichen Einflusses monopolistischer und korruptionistischer Tendenzen überhaupt.

Ausschaltung von Konkurrenz und Initiative?

Es muß noch einmal gesagt werden, daß der Staat nicht notwendigerweise allein an die Stelle des Unternehmers treten muß. Wo nur immer angängig wird man als Träger der Wirtschaft Kommunen, Verbände öffentlicher Körperschaften und Genossenschaften einschalten. Ein wirtschaftliches Beamtentum ist leicht vermeidbar. Es darf keine beamtenartigen „Lebensstellungen" geben; der Leiter eines Wirtschaftsbetriebes soll mehr als das sogar in der vielfach bereits verkalkten Großindustrie üblich war, nach dem Erfolge seiner Arbeit bezahlt werden. Erfahrungen und Errungenschaften einzelner Betriebe sollten ausgetauscht werden.

Eine Konkurrenz zwischen gleichartigen Betrieben, die sich in den Ziffern der Bilanzen ausdrückt, ist hier ebenso möglich wie in der privaten Industrie. Wo kein Konzern oder Verband dafür sorgt, daß der Besitzer und Aktionär zurückgebliebener Betriebe auch für das Nichtarbeiten und die Stillegung seines Betriebes bezahlt wird, dessen Unkosten dann das ganze Preisniveau hinauftreiben, kann die Konkurrenz sogar schärfer und gesunder sein als in der privaten Wirtschaft. Die Folgen dieser Konkurrenz können nie so gefährlich sein wie in der privaten Wirtschaft.

Was soll produziert werden?

Die Frage, was produziert werden soll, ergibt sich zu einem großen Teil von selbst: die Schwerindustrie muß auf Grund der Bestimmungen der Alliierten stark eingeschränkt werden. Die noch vorhandenen Anlagen werden nach Durchführung von Reparaturen mehr als ausreichen. Bedarf an den meisten anderen Gütern ist überreichlich vorhanden. Was fehlt und lange fehlen wird, werden die Lebensmittel sein. Von der Landwirtschaft wird im nächsten Kapitel die Rede sein. Es kann aber schon jetzt gesagt werden: wie man auch die Landwirtschaft organisiert oder reorganisiert, sie wird auf die Dauer nur Ueberschüsse in genügender Höhe abwerfen, wenn man dem Bauern ebenfalls Ware liefern kann. Wenn er für sein Geld nichts kaufen kann, dann wird er für seine Ware kaufen. Das heißt, daß er seine Lebensmittel an denjenigen liefern wird, der ihm das liefert, der das hat, was ihm fehlt. Der legitime Handel und die allgemeinen Bedürfnisse werden dann zu kurz kommen. Dasselbe wird für den ganzen Sektor der kleinen Produktion gelten, für Handwerker und kleine Kaufleute.

Diese Produktion von Konsumgütern wird daher an erster Stelle stehen müssen. Wir befinden uns in einer völlig anderen Lage als zum Beispiel Rußland, als es dazu überging, in den Fünfjahresplänen die Grundlage für eine ganz neue Wirtschaft zu legen. In Rußland gab es viele Wirtschaftszweige gar nicht oder nur in ungenügendem Umfange; in Deutschland sind die Wirtschaftszweige, besonders der Schwerindustrie, als Folge des Krieges und der Kriegsvorbereitungen zu umfangreich.

Der Bauer braucht Textilien, landwirtschaftliche Geräte und Maschinen, Baumaterialien, Möbel. Derselbe Bedarf besteht auch bei der riesigen Zahl der Bombengeschädigten und der Rückwanderer. In den Städten steht an erster Stelle der Baubedarf. Auch bei ihm ergibt sich, wie man es auch in Großbritannien anerkannt hat, das Bedürfnis der Planung. In Deutschland wird es in viel höherem Maße der Fall sein, da die Zerstörungen viel umfangreicher sind. Planloses Bauen unter privater Initiative allein würde heillosen Schaden anrichten.

Schnellste Wiederaufnahme der Produktion ist aber auch geboten, um so bald wie möglich die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, und nicht nur durch Notmaßnahmen, sondern durch echte Warenproduktion. Ohne sie ist die Frage der Inflation und der Abschöpfung überschüssiger Kaufkraft nicht zu lösen. Alle künstlichen Hilfsmittel auf geldwirtschaftlichem Gebiete werden ohne echte Produktion wirkungslos bleiben. Der landwirtschaftliche Sektor wird sich, wie man später sehen wird, stark vergrößern müssen. Hier entsteht ein Bedarf, an Häusern in erster Linie, an Geräten und Maschinen in zweiter und an allen anderen Bedarfsartikeln in dritter: für sie wird der Bauer und Landarbeiter seine Arbeitskraft und damit seine Erzeugnisse zur Verfügung stellen. Damit beginnt auch die Stadt und das Gewerbe zu arbeiten. Stadt und Gewerbe aber können und werden nur arbeiten, wenn sie Lebensmittel kaufen können. Andernfalls wird ein jahrelanger Schleichhandel nicht zu umgehen sein, mit allen seinen Wirtschaft und Moral vernichtenden Folgen.

Es wird lange Zeit an Motorfahrzeugen und Betriebsstoff fehlen: die Fabrikation von Fahrrädern wird die Folge sein. In den Städten werden in erster Linie Behörden und Kaufleute den noch vorhandenen Raum beanspruchen, während die ausgebombte Wohnbevölkerung zuerst in neugebauten Siedlungen außerhalb unterkommen wird. Auch sie braucht neue Fortbewegungsmittel, um in die Stadt, zu Kaufzentren und an die Arbeitsstellen zu kommen, die noch nicht planmäßig angelegt werden konnten.

Ehe man daran gehen kann, die Automobilindustrie in nennenswertem Umfange aufzubauen, wird die Eisenbahn als Mittel des billigen Massentransportes einen unendlichen Reparaturbedarf entwickeln.

Die Planung der Industrie unter Hitler ging von rein strategischen, unwirtschaftlichen Gesichtspunkten aus. Die Autobahnen konnten sich auf Jahrzehnte hinaus nie rentieren, sie waren eine Kriegsmaßnahme. Kriegsmaßnahmen waren die Göringwerke, die Bunawerke, die Werke für Kohlebenzin. Kriegsmaßnahmen waren es auch, wenn die Landwirtschaft sich auf „heimische Spinnstoffe" umstellen mußte, wenn sie nicht die Lebensmittel produzieren durfte, die dem Boden, der Zeit und der Gegend angepaßt waren, sondern irgendwelche anderen Dinge, die einmal fehlen konnten in einem Kriege. Nirgends wurde mehr auf die Bedürfnisse der Bevölkerung geachtet, sondern darauf, wie man diese Bedürfnisse einschränken und umstellen könne, um mehr Kriegsmaterial zu produzieren, mehr Devisen zu sparen, für die man ausländische Lebensmittel und Bedarfsartikel hätte beziehen können. Der natürliche Austausch auf dem internationalen Markte wurde unterbunden und schon hierdurch, vor dem Kriege, die internationale Wirtschaft geschädigt.

Es ist zu hoffen, daß wir in absehbarer Zeit wieder in den internationalen Handel eingeschaltet werden: nur so können wir wieder eine lebensfähige Wirtschaft aufbauen. Bis dahin werden wir wahrscheinlich eine Menge der unwirtschaftlichen Maßnahmen des Hitlersystems aufrechterhalten müssen — weil wir keine Devisen haben werden.

Wir sollen und wollen keinen Krieg mehr führen. Die Wirtschaft wird daher endlich wieder nach gesunden Gesichtspunkten aufgebaut werden können: sie hat sich nach den Bedürfnissen des lebenden Menschen zu richten, der im internationalen Güteraustausch steht oder wieder stehen will. Der unnatürliche Zustand einer Kriegswirtschaft, die in Deutschland schon seit 1933 bestanden und ungezählte Arbeitsstunden gefressen hat, darf nicht wiederkehren. Lebensmittel und Waren, die gegen Lebensmittel getauscht werden können, werden immer an erster Stelle stehen.

Umstellung der Landwirtschaft

Die Verhältnisse in der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege werden durch zwei Umstände dominiert:

1. Deutschland ist durch Landverluste, durch die Rückwanderung ehemaliger Bewohner der verlorenen Gebiete und der Auslandsdeutschen zeitweilig stark übervölkert.
2. Das Produktionsvolumen der Industrie ist stark verkleinert. Die Industrie kann nicht mehr im alten Umfange Menschen beschäftigen. Sie kann ebenfalls nicht mehr im alten Umfange Devisen für den Lebensmittelimport liefern.

Die Folgerung ist nicht schwer zu ziehen: der Boden Deutschlands muß die Bevölkerung in erhöhtem Maße selbst ernähren. Ein höherer Prozentsatz der Bevölkerung muß unmittelbar auf dem Lande leben.

Das Sicherheitsventil der Auswanderung gibt es für uns in Deutschland auf Jahre hinaus nicht mehr, nachdem der Nationalsozialismus den Namen „Deutschland" im Auslande zu einem Schreckgespenst gemacht hat.

Krieg- und Lebensmittelkrise von 1946 haben außerdem die Preise so stark erhöht, daß nicht einmal der Vorkriegsexport — oder der normale Export des Anfangs der dreißiger Jahre — genügend Devisen liefern könnte. Die Selbstversorgung Deutschlands mit einem hohen Prozentsatz aller wichtigen Lebensmittel wird damit unter ungünstigsten Bedingungen zu einer Lebensnotwendigkeit. Dies durch Statistiken zu beweisen ist überflüssig, da die Voraussetzungen für diese Not-Autarkie zu klar ersichtlich sind.

Auch die Nazi-Autarkiebestrebungen waren nicht neu. Es hatte vorher, wenn auch aus anderen Gründen und mit anderen Begründungen, ähnliche Bestrebungen gegeben. Der seit langer Zeit nicht mehr lebensfähige Großgrundbesitz des deutschen Osten hatte die Kriegsgefahr als Begründung für die Autarkie an die Wand gemalt und unter diesem Drucke hohe Zölle verlangt und bewilligt bekommen. Er wurde dabei durch die Vertretung der Schwerindustrie unterstützt, die auf ihrem Gebiete ähnliche Bestrebungen verfolgte. Die Sanierung der Landwirtschaft durch hohe Preise, die wiederum die Preise des Landes auftrieben, war natürlich nur nominell und nicht mit entsprechenden Produktionserhöhungen verbunden.

Die Begründung der Nazis für eine Autarkie hatte einen viel realeren Hintergrund: bei ihnen handelte es sich nicht nur um den Teufel, den man an die Wand malte, sondern um eine ganz tatsächliche Kriegsvorbereitung. Man brauchte den Krieg nicht nur als Vorwand, sondern man wollte ihn, bereitete ihn vor und bereitete sich für den Kriegsfall vor, der ganz kurzfristig erwartet wurde. Trotzdem ist es den Nazis nicht gelungen, die Landwirtschaft so zu organisieren, daß auch nur im entferntesten eine Selbstversorgung erreicht wurde. Die notwendigen Fehlmengen wurden durch Zwangsimporte aus eroberten Ländern sichergestellt. Wie gelegentlich ganz offen gesagt wurde, hatte die Eroberung ganzer Länder diese Versorgung sogar zum Hauptzweck: der „Lebensraum" war nur eine Umschreibung dafür.

Einige wenige Ziffern sind notwendig, um den Ernst des Problems zu zeigen.

Wir haben auszugehen von einer Ziffer von ungefähr einem Hektar Bodenfläche für die Ernährung eines Menschen unter bisher normalen Umständen. Nach der Statistik von 1935 hatte Deutschland, das heißt vor der Angliederung Oesterreichs und des Sudetenlandes, eine genutzte Fläche von 47 Millionen Hektar, von der nach Abzug von Forsten, Oedland, bebauter Fläche usw. ca. 28,75 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzt wurden. Von diesen wird man heute mehr als vier Millionen als verloren abzuziehen haben. Es bleiben im Höchstfalle annähernd 25 Millionen Hektar bei einer Bevölkerung von mehr al 60 Millionen. Wie die Bevölkerungsdichte von 140 Menschen auf 100 Hektar des Vorkriegsdeutschland (vor der Angliederung Oesterreichs und des Sudetenlandes) zeigt, hat auch von dieser Rechnung ausgehend, nie die Möglichkeit bestanden, unter den damals als normal angesehenen Verhältnissen die gesamte Bevölkerung Deutschlands auf der vorhandenen Fläche zu ernähren.

Wenn man eine gewisse Hoffnung schöpfen will, wird man von der Tatsache ausgehen müssen, daß die verlorenen Gebiete hauptsächlich Gebiete des Großgrundbesitzes waren, die mehr als alle anderen extensiv bewirtschaftet wurden und daß im verbliebenen Restdeutschland sich ein wesentlich höherer Prozentsatz von Intensiv-Betrieben befindet. Die reinen Gartenbau-, Gemüse- und Obstbaubetriebe des Reiches hatten nach der Statistik von 1935 eine Bodenfläche von 152 668 ha und beschäftigten 187 443 Menschen, von denen 126 000 Familienangehörige waren, zu denen man noch Kinder rechnen muß, die sich von dieser Bodenfläche ernährten.

Man kann demnach mit mehr als 200 000 Menschen rechnen, die sich von dieser Bodenfläche von ca. 150 000 ha ernährten und die nötigen landwirtschaftlichen Ueberschüsse lieferten, um andere Bedürfnisse zu befriedigen. Damit wären Lebensmittel für eine weitere, nicht genauer zu berechnende Anzahl von Menschen festgestellt. Zu diesem gekauften Zusatzbedarf gehören natürlich auch landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Getreide, die aber durch verkaufte Lebensmittel mehr als aufgewogen werden.

Bei diesen Betrieben handelt es sich um Betriebe, die überwiegend vom Verkauf ihrer Erzeugnisse leben und nicht um Kleingartenbetriebe, die lediglich zusätzliche Lebensmittel für den Eigenbedarf erzeugen.

Eine Betrachtung der Viehwirtschaft im Klein- und Großbetriebe führt zu ähnlichen Ergebnissen. Das Schwein ist einer der wichtigsten Fleischerzeuger Deutschlands.

Mindestens 80 Prozent der Kleinbetriebe von einem halben bis zu zwei Hektar halten Schweine, und zwar annähernd drei pro Hektar.

Die Betriebe mit zwei bis fünf Hektar halten ungefähr zwei Schweine pro Hektar; dasselbe ist ungefähr der Fall mit den Betrieben zwischen fünf und zwanzig Hektar.

Ganz anders liegen die Dinge, wenn wir zu den Großbetrieben kommen. Bei den Betrieben mit zwanzig bis hundert Hektar Ackerfläche finden wir nur noch je eins pro Hektar und schließlich nur eins auf zwei Hektar bei den Großbetrieben mit einer Fläche über 100 Hektar.

Aehnliche Ergebnisse finden wir auch, wenn wir die Intensität der Rindviehhaltung untersuchen.

Unter den normalen Umständen des Jahres 1933 ernährte der Großbetrieb von über 100 Hektar nur etwa ein Rind auf je zwei Hektar.

Betriebe von 20—100 Hektar hielten etwa ein Rind pro Hektar;

Betriebe zwischen 5 und 20 Hektar dagegen etwa 2,3 Rinder pro Hektar.

Diese Entwicklung wird nur unterbrochen durch die Kleinbetriebe von 2—5 Hektar mit unter einem Rind auf zwei Hektar. Die Kleinstbetriebe unter zwei Hektar (bei den übrigen deckt sich die Zahl der Betriebe etwa mit der Zahl der rindviehhaltenden Betriebe) mit nur 415 000, etwa der Hälfte der Gesamtzahl, halten wieder ein Rind pro Hektar.

Wieder eine andere Frage ist heute ebenso dringend wie die der Ernährung: die der sicheren Unterbringung und Ernährung der vielen Arbeitskräfte, für die es eine produktive Beschäftigung im Augenblicke und vielleicht für lange Zeit in der Stadt nicht gibt. Sie müssen auf dem Lande untergebracht werden. Die Art, wie sie dort untergebracht werden, kann ebenfalls nicht nach althergebrachten Grundsätzen geschehen. Es ist nicht möglich, einfach ehemalige Fabrikarbeiter als Landarbeiter zu verpflichten, ganz abgesehen davon, daß das Land sie nicht so wie es jetzt ist, vor allem aber nicht mit ihren Familien aufnehmen könnte.

Sie müssen aber mit ihren Familien aufs Land gebracht werden, wenn man nicht einen ungesunden Schwebezustand schaffen will, der zu einem ständigen Wechsel in der Beschäftigung führen soll.

Auch hier zeigt sich der Kleinbetrieb am aufnahmefähigsten. In den Kleinstbetrieben und Kleinbetrieben bis zu fünf Hektar lebten 1933 auf insgesamt zwei Millionen Hektar etwa 2,45 Millionen Menschen ständig und beschäftigten noch annähernd 100 000 Arbeitskräfte zeitweilig. Nimmt man die Betriebe mit einer Fläche bis zu 20 Hektar zusammen, so beschäftigten sie auf etwas über acht Millionen Hektar über sechs Millionen ständige und noch fast eine viertel Million nichtständiger Arbeitskräfte.

So wie der Mittel- und der Großbetrieb beginnt, ergibt sich ein völlig anderes Bild. Auf etwa sechs Millionen Hektar der Betriebe zwischen 20 und 100 Hektar sind nur 1,15 Millionen Menschen ständig und 80 000 zeitweilig beschäftigt und bei den Größtbetrieben über 100 Hektar nur etwa dreiviertel Million ständig und eine viertel Million zeitweilig.

Wenn man nun berücksichtigt, daß es im Jahre 1933 — die Verhältnisse haben sich, abgesehen von den Landabtretungen, nicht wesentlich geändert — etwa 44 000 Betriebe mit einer Fläche von je über 100 Hektar, davon 17 349 mit sogar über 200 Hektar gab, ergeben sich die Konsequenzen von selbst.

Von 100 Hektar der gesamten landwirtschaftlich genutzten Bodenfläche entfielen nach der Betriebszählung von 1933 auf die Großbetriebe über 100 Hektar nicht weniger als 37,9% und auf die Betriebe zwischen 20 und 100 Hektar 27,9%.

Es fragt sich nur, ob man zur reinen Aufteilung der Betriebe in Mittel- und Kleinbetriebe übergeht, oder ob sich eine günstigere Mittelform finden läßt, welche die Nachteile beider Formen vermeidet.

Der Kleinbetrieb ist ein arbeitsintensiver Betrieb mit ungewöhnlich langer Arbeitszeit und oft wenig günstigen Lebensbedingungen — auch wenn „hinter dem Kuhschwanz noch niemand verhungert ist". Der Großbetrieb in seiner alten Form kommt heute aus den eben diskutierten und anderen noch zu erwähnenden Gründen nicht mehr in Frage. Der Kleinbetrieb hat nicht die Möglichkeit, arbeitsparende Maschinen in genügender Zahl anzuwenden und auch dort, wo er ein Ackerbaubetrieb ist, herrschen veraltete Methoden.

Eine Kombination beider Formen, in der Garten- und Gemüsebau und die Kleintierzucht in der Form des individuellen Kleinbetriebes, die Großtierzucht und der Ackerbau aber in der Form des intensiven Maschinenbetriebes geführt würde, erscheint eine günstige Lösung.

Unbeschadet der Benutzung in größeren Flächen für den Körnerbau, Rüben- und Kartoffelbau, kann der Besitz individuell sein. Die individuelle Benutzung würde sich in diesem Falle auf die Wohngebäude und die Wirtschaftsgebäude für die Kleintierhaltung und den Gartenbau beschränken.

Der gemeinsame Besitz kann aber auch, und das scheint oft die beste Lösung zu sein, genossenschaftlich sein. Gemeinbesitz wären demnach Großtierhaltung und Ackerbau und der Besitz an Maschinen und Geräten für den Ackerbau. Der neue Siedler wird oft aus der Industrie stammen und besonders für den Intensivbetrieb mit Maschinen geeignet sein.

Die Landwirtschaft als Wissenschaft war in Deutschland immer auf der Höhe; in der Praxis wurde die Wissenschaft in der Landwirtschaft nur in einem beschränkten Maße angewendet. Das blieb auch unter den Nazis so, trotzdem man versuchte, aus kriegswirtschaftlichen Gründen Deutschland autark zu machen. Die Gründe für den Mißerfolg sind zahlreich. Man hofierte den Bauern als Objekt des „Blut-und-Boden"-Gedankens, steckte ihn aber andererseits in eine Zwangsjacke. Hinsichtlich der Düngemittel mußte er sich mit dem behelfen, was der Krieg übrig ließ. Man verlangte von ihm Erfolge wie von einer Industrie und ließ ihn andererseits in mittelalterlichen Betriebsformen. Die innere Kolonisation blieb, entgegen aller Propaganda, hinter dem zurück, was die Republik auf diesem Gebiete getan hatte. Der Großgrundbesitz wurde aus politischen Gründen überhaupt nicht angetastet.

Jetzt ist zum ersten Male in der Geschichte auch in der Landwirtschaft Gelegenheit gegeben, wissenschaftliche Betriebs- und Organisationsformen einzuführen, die größere Ueberschüsse abwerfen, gleichzeitig dem Bauern die Arbeit erleichtern und die in jeder modernen Industrie wesentlich besseren hygienischen Zustände aufs Land bringen. Während die deutsche Industrie, nach den Erfahrungen, die die Welt mit ihr gemacht hat, stark beschnitten werden wird, hat man gegen die Entwicklung der Landwirtschaft nichts einzuwenden.

Eine Voraussetzung muß zuerst anerkannt werden: Die Landwirtschaft darf nicht weiter aus reaktionär-politischen Gründen in ihren mittelalterlichen Fesseln gehalten werden. Sie muß eine moderne Industrie sein, auch wenn die Milch nicht in der Retorte und die Kartoffel nicht mit der Maschine hergestellt wird.

Die Beseitigung des alten Großgrundbesitzes — und das ist der weitere Grund für eine Umorganisation — ist ebenso eine Lebensfrage des neuen Deutschlands wie die Beseitigung der Macht der Monopole und Kartelle. Der Grundbesitzer hat von altersher eine außerordentliche politische Macht ausgeübt. Er beschäftigte unter seinen ständig oder zeitweilig beschäftigten Arbeitern die Mitglieder der Klein-Landwirte- und Landarbeiterfamilien und er war es, der ihnen kleine Parzellen zweitklassigen Bodens verpachtete, ohne die oft der Kleinbetrieb nicht lebensfähig war. Politische Gegnerschaft gegen den Großgrundbesitz aber bedeutete, daß Arbeitsgelegenheit und Pachtland zurückgehalten werden konnten. Hinterpommern wurde zum Beispiel nicht nur oft nach einer der dortigen größten Landbesitzerfamilien Putkammer-un genannt, es war auch ein Kamerun, es war bis in die neueste Zeit hinein ein Land mit einer absolut herrschenden Oberschicht und einer unter kolonialer Unterdrückung lebenden Landarbeiterbevölkerung. Die Bauernbefreiung des 19. Jahrhunderts war nur ein juristischer Akt, der durch die Besitzverhältnisse des Landmonopoles zum großen Teile wieder aufgehoben wurde.

Mehr als in der Industrie und in der Stadt findet die Demokratie ihre Schranke an den Besitzverhältnissen auf dem Lande. Es ist aber nicht der Landbewohner an sich, der reaktionär ist. Die Reaktion ist überall dort am stärksten, wo der Großbesitz den Kleinbesitz dominiert und der Kleinbesitzer als Pächter und Arbeiter vom Großgrundbesitzer wirtschaftlich abhängig ist. Selbständiger Klein- und Mittelbesitz auf dem Lande ist sehr oft politisch und kulturell äußerst fortschrittlich. Das wird um so mehr der Fall sein, wenn der Klein- und Mittelbesitzer in neuen genossenschaftlichen Formen nicht mehr isoliert auf seiner Scholle sitzen wird, sondern in größeren Gemeinschaften zusammenarbeiten muß.

Es erübrigt sich zu sagen, daß ein Weiterwursteln in veralteten landwirtschaftlichen Besitz- und Betriebsverhältnissen die Verewigung des Hungers in der Stadt bedeuten muß. Ein solcher Zustand würde aber auch einen Keil zwischen Land-und Stadtbevölkerung treiben, der zur schwersten politischen Spaltung führen muß. Raubzüge der hungernden Stadtbevölkerung auf das Land und

entsprechende Gegenmaßnahmen der Landbevölkerung sind nur eine Seite dieses Bildes. Das Land würde sich bald politisch von der Stadt abwenden und wieder ebenso einen reaktionären und möglicherweise einen ähnlichen Kurs einschlagen wie das nach dem ersten Weltkriege der Fall war. Die sogenannten „Völkischen Parteien", die Deutschnationalen und die Nationalsozialistische Partei hatten alle ihre Hauptanhängerschaft zuerst auf dem Lande. Von hier aus erst sind sie in die Städte eingebrochen, wo sie lange nur Minderheiten darstellten, die belächelt wurden.

Vor allem aber: Deutschland befindet sich in einer Zwangslage und hat neue Wege zu finden und zu beschreiten, um seine Bevölkerung nicht verhungern zu lassen. Nur wer Hunger und Bürgerkrieg will, Reaktion und neue Kriegsgefahr, kann sich dagegen sträuben.

Die Banken in der neuen Wirtschaft

Man kann dem Nationalsozialismus eine gewisse Dankbarkeit nicht absprechen. Trotzdem uns immer wieder versichert wird, daß die Industrie und die Banken nur noch nach Weisungen aus Berlin arbeiteten, daß sie praktisch keine Selbständigkeit mehr hatten, wurden ihnen doch die, demnach sinnlos gewordenen, Besitzrechte gelassen. Industrie und Banken hatten ihr Teil getan, die Nationalsozialisten an die Macht zu bringen, überall versuchten sie krampfhaft sich in „nationalsozialistische Musterbetriebe" zu verwandeln. Da die Aufträge, besonders in der Zeit der fieberhaften Aufrüstung und des Krieges, aber alle „von oben" kamen und Tempo und Art der Produktion vorgeschrieben waren, blieb kaum noch Raum für eine private Initiative. Nach der Produktion war der Betrieb verstaatlicht und es wäre folgerichtiger gewesen, wenn der Staat auch die Besitzrechte übernommen hätte. Er hätte dann wenigstens behaupten können, daß ein Punkt des national s o z i a l i s t i s c h e n Programmes erfüllt worden sei. Was für die Industrie galt, das galt in noch höherem Maße für die Banken. Sie hatten das Betriebskapital für die verstaatlichte Produktion zu stellen und bekamen es aus der verstaatlichten Reichsbank. Die Börse spielte nur noch eine ganz nominelle Rolle. Als der Verfasser bereits 1944 sich in der ersten von den Nazis befreiten deutschen Großstadt mit einem Filialdirektor einer Großbank über die Abschlüsse, die Entwicklung und die Kurse der größten deutschen Gesellschaften zu unterhalten suchte, war es für ihn unmöglich, eine Antwort zu bekommen. Dieser Mann, der vorher in Berlin und anderen deutschen Großstädten dasselbe Amt ausgefüllt hatte, gab schließlich zu, daß die Banken nur noch eine Art von Geldverwaltern und Geldverteilungsstellen geworden waren.

Dagegen könnte eingewendet werden, daß man den Banken die besonderen Verhältnisse, unter denen sie im nationalsozialistischen Staate zu arbeiten hatten, nicht in die Schuhe schieben darf.

Die Antwort ist einfach und überzeugend: die Banken haben sich in ihrer großen Mehrheit nicht nur nicht gegen den Nationalsozialismus gestemmt — sie haben ihn sogar unterstützt. Wenn hier von Banken gesprochen wird, dann natürlich in erster Linie von den Großbanken, deren Leiter vielfach den Nationalsozialismus bereits vor der Machtübernahme finanzierten. Man braucht dabei nur an die Namen Reinhard, v. Stauß und v. Schröder zu erinnern. Es muß gesagt werden, daß sogar jüdische Großbankiers noch nach der Machtübernahme für die Nazis gearbeitet haben, und es ist eine Anweisung des Propagandaministeriums an die Presse bekannt geworden, nach der Herr J a k o b G o l d s c h m i d t unbeschadet eines Verfahrens gegen ihn in der Presse nicht angegriffen werden dürfe, da er im Interesse des Reiches im Auslande arbeite. Finanzielle Interessen gehen eben auch über die Interessen von weniger glücklichen und verfolgten Glaubensgenossen. Das konnte nicht nur bei den Banken, sondern auch in der übrigen Wirtschaft festgestellt werden. Als der Verfasser nach dem Papenputsch von 1932 einem leitenden Manne eines großen Konzernes, einem sogenannten „Nichtarier", die Frage vorlegte, ob er nicht für sein Geschäft fürchte, da die Nazis jetzt größeren Einfluß gewinnen würden, antwortete er ganz einfach: „Uns kann nichts geschehen, wir unterstützen auch die Nazi-Partei." Diese Feststellung ist, nebenbei gesagt, ebenso bezeichnend für die Nazipartei, da es sich hierbei außerdem noch um einen Konzern handelte, der sich im Auslandsbesitze befand und einen ausländischen Namen trägt. „Geld stinkt nicht", auch nicht für Nazis, es sei denn, daß jemand anderes es hat.

Zu derselben negativen Antwort kommen wir aber, wenn wir uns die Frage vorlegen, ob die Banken überhaupt fähig und willens gewesen sind, die Interessen der Gesamtheit vor der politischen Krise von 1933 zu vertreten.

Dieser Krise war im Jahre 1931, am 13. Juli, die allgemeine Krise der deutschen Großbanken vorangegangen und hatte die deutsche Wirtschaft in den Zustand versetzt, der schließlich zu dem

gewaltigen Stimmengewinn der Nazis führte, die Not und Arbeitslosigkeit skrupellos auf das Konto der Republik schoben.

Die Ursachen dieser Krise lagen zu einem wesentlichen Teile in dem verbrecherischen Leichtsinne begründet, mit dem die privaten Großbanken Auslandsgelder für die Industrie aufnahmen, während sie, geführt von Herrn Schacht, dafür sorgten, daß die Aufnahme von Krediten durch die öffentliche Hand so stark wie möglich beschränkt wurde. Diese Kontrolle der Kredite, ihre Verwendung für wirtschaftliche Zwecke, war sicher eine Notwendigkeit. Sie war aber ebenso eine Notwendigkeit für die private Industrie. Schon in seinem Berichte von 1927 berichtete der Reparationsagent Parker Gilbert:

> „Seitens der öffentlichen Stellen und der Reichsbank sind keinerlei Schritte unternommen worden, um das Herantreten der privaten Wirtschaft Deutschlands an die Auslandsgeldmärkte zu kontrollieren, es sei denn, daß man die gelegentliche Aufhebung des Steuerbefreiungsprivilegs in diesem Sinne aufzufassen hätte."

Parker Gilbert beruhigte sich schließlich damit, daß er sagte: „. . . man kann sich darauf verlassen, daß sie (die Kreditaufnahme der privaten Wirtschaft) im Falle ungesunder oder zuweitgehender Darlehnsaufnahme schnell genug ihre eigene Strafe nach sich zieht." Wie sich zeigte, war dies ein billiger und unzureichender Trost.

Was war aber der Grund für diese hemmungslose Kreditaufnahme für die private Wirtschaft?

In seiner Broschüre über „Das Geheimnis des 13. Juli" sagt der ehemalige Handelsredakteur des Berliner Tageblattes Hans E. Priester — und dem ist nie widersprochen worden —:

> „Die Rechnung war ja so einfach. Die Ausländer borgten den Banken in Deutschland Geld auf drei Monate zu, sagen wir, 4 %, die Banken borgten es ihren Kunden und kreideten ihnen dafür 7 bis 8 % an. Besorgnisse, daß das Geld auch mal zurückgefordert werden könnte, kamen gar nicht erst auf."

„Wo ist aber" so sagt Priester, „der Bankier, der nein sagt, wenn ihm ein sicheres Zinsgeschäft vorgeschlagen wird?"

Anleihen sogar langfristigere, für öffentliche Körperschaften, wurden genau kontrolliert und sehr oft abgelehnt, kurzfristige Gelder, die immer mit Gefahren verbunden sind, dagegen in riesigen Mengen angenommen — da sie einen erheblichen Zinsgewinn für die Banken einschlossen. Daß auch der ausländische Geldgeber schuldig ist, wenn er unter diesen Bedingungen Gelder hergibt, ist kein Milderungsgrund für die Banken. Sie, die deutschen Banken, sind Deutschland verantwortlich und hier haben sie grob fahrlässig gehandelt, um nicht einen wesentlich schärferen Ausdruck zu benutzen.

Man kann aber mehr gegen die Banken anführen. Nach derselben Quelle heißt es:

> „Es klingt eigentümlich, und es ist doch wahr: die deutschen Banken haben viel dazu beigetragen, ihren eigenen Kredit im Auslande zu erschüttern. Sie haben zum Teil gerade in der Depressionsperiode ausländischen Bankiers Informationen gegeben, die die Bonität deutscher Banken in einem seltsamen Lichte erscheinen ließen; sie haben ihre eigenen Verluste als ganz unbedeutend, dagegen Einbußen der Konkurrenz als riesengroß hingestellt. Für diese Behauptung lassen sich die Zeugnisse prominentester ausländischer Bankleiter anführen. Sogar Polemiken in ausländischen Zeitungen wurden von deutschen Großbankiers nicht verschmäht."

Als Grund für diese Handlungsweise wird die Schärfe des Konkurrenzkampfes angeführt: genau das, was wir schon vorher als den Grund für die Korruption in der übrigen deutschen privaten Wirtschaft anführten. Auch Herr Schacht, der Privatbankier auf dem Throne der Reichsbank, hatte sein gerütteltes Maß von Schuld. Er hatte nicht nur niemals die Kontrolle der privaten Anleihen verlangt, er war es auch, der aus politischen Gründen, um eine Revision der Reparationszahlungen zu erreichen, „die Lage in Deutschland als äußerst bedrohlich geschildert" und so geholfen hatte, die Krisenstimmung herbeizuführen, die zur Abberufung der Auslandsgelder führte.

Als dann noch zu allem Unglück die betrügerischen Verluste der Nordwolle A. G. bekannt wurden (die in die hunderte von Millionen gingen), gab es kein Halten mehr. Es zeigte sich außerdem, daß nicht nur hier, wo offensichtlich betrügerische Machenschaften vorlagen, die Verhältnisse völlig zerrüttet waren, sondern überall bei den großen Konzernen — und daß die Banken selbst, die angeblich die beste Kenntnis der Verhältnisse haben sollten, von alle dem nichts gewußt hatten. Eine Bank arbeitete nun gegen die andere. Als eine Schweizer Zeitung nur andeutete, daß eine deutsche Bank in Schwierigkeiten war, aber noch keinen Namen nannte, erfolgte in der folgenden Nummer die volle Namensnennung — auf Wunsch deutscher Groß-

bankvertreter in der Schweiz! Ein Kampf aller gegen alle brach aus und Vertreter der Banken wandten sich gegen eine Stützung notleidender Institute mit der Begründung, daß es volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigt sei, Schwaches zu stützen, im Gegenteil, ein Zusammenbruch der Danatbank werde die Atmosphäre reinigen. Noch immer hatten sie nicht begriffen oder wollten nicht begreifen oder es wahr haben, daß sie alle nicht viel besser dastanden als die Danatbank.

Politische Unterstützung des Nationalsozialismus, Fehldispositionen aus reinen Finanzinteressen, die zu einer allgemeinen nationalen Krise führten und schließlich ein Kampf aller gegen alle, was will man mehr zur Begründung einer Reform an Haupt und Gliedern in der Bankwirtschaft?

Aber es gibt noch einen weiteren Grund. Die deutsche Wirtschaft wird nach diesem Kriege eine völlig andere Struktur haben. Der private Sektor wird weitgehend eingeschränkt werden, der öffentliche sich ausdehnen. Was würde geschehen, wenn die Banken, die Vermittler des Kapitals in der Wirtschaft, weiter im Privatbesitz bleiben würden?

Der Zinsfuß richtet sich nach der Bonität des Schuldners. Je sicherer der Schuldner ist, desto geringer sind die Zinsen, die er zu zahlen hat, desto geringer auch der Profit des Gläubigers. Wir haben bereits gesehen, daß die Banken vor 1932 die Anleihen an private Kunden — und hierbei auch kurzfristige Gelder — bevorzugten.

Der öffentliche Sektor der Wirtschaft wird aber in Zukunft der weitaus größere werden und auch der sicherere Teil der Wirtschaft sein. Ein so großer Teil der Wirtschaft, der außerdem weitgehende gemeinsame Interessen hat, stellt schon an sich einen Machtfaktor dar, dem man Bedingungen nicht diktieren kann. Je größer und stärker der Schuldner, desto eher diktiert er die Bedingungen. Die öffentliche Wirtschaft — zu der man auch die genossenschaftliche rechnen muß — wird ihre Gelder darum zu besseren Bedingungen bekommen als die private.

Das wiederum kann sehr wohl dazu führen, daß die private Wirtschaft gerade aus diesem Grunde, weil sie höhere Zinsen anbieten wird, von den privaten Banken bevorzugt werden wird. Höhere Zinsbelastung verlangt aber höhere Gewinne, schärfere Konkurrenz — mit allen den Folgen, die wir aus dem Konkurrenzbetriebe der freien Wirtschaft bereits kennen. Die Folge wäre eine planlose Verzettelung von Geldern, Produktion, wo sie möglicherweise nicht nötig ist, Krisengefahr. Den Trost, daß sich falsches Kreditgeben und falsches Kreditnehmen in der freien Wirtschaft schließlich selbst bestraft, können wir uns nicht leisten. Das Erwachen könnte verhängnisvoller sein als nach dem 13. Juli 1931.

Es wird weiter private Banken geben, solange es eine private Wirtschaft gibt, aber es ist keineswegs einzusehen, warum private Banken, besonders die ehemaligen Großbanken, den Rahm der aufzubauenden und gerade in Deutschland unabwendbaren Gemeinwirtschaft abschöpfen sollen. Sie haben sich mindestens zweimal aus eigener Schuld kreditunwürdig gezeigt: 1931 und nach 1933, als sie die Nazipolitik unterstützten. Die Personen, die in den Banken saßen, hatten zum großen Teil nicht den geringsten Grund, mit den Nazis zu gehen, es war das System, das sie falsche Wege gehen ließ. Selbst manche der später von den Nazis verfolgten und vertriebenen Bankleiter sind nicht ohne Schuld an ihrem eigenen Unglück gewesen.

Kommunale Banken und Sparkassen und genossenschaftliche Institute haben schon seit langer Zeit einen sehr wesentlichen Teil des Kreditbedarfs der kleineren Industrie und des Handels befriedigen können und werden das auch weiterhin tun können. Sie waren immer schon kleinere „selbständige Filialen" der großen kommunalen oder genossenschaftlichen Kreditzentralen, die einen guten Einblick in das örtliche Geschäft und die Kreditwürdigkeit ihrer Kunden hatten.

Die Kreditbedürfnisse der großen genossenschaftlichen und staatlichen oder kommunalen Wirtschaft ganzer Provinzen werden durch zentrale Institute befriedigt werden müssen, die aus einer Uebernahme und Fusion bestehender privater Banken (zusammen mit den Zentralen der genossenschaftlichen Banken und kommunualen Institute) geschaffen werden können. Wo das nicht möglich ist, wird man neue öffentliche Banken schaffen müssen. Die Reichskreditgesellschaft, die Großbank des Reiches, hat, trotzdem sie im Kartell der Großbanken arbeitete, gezeigt, daß man sehr wohl eine Bank der öffentlichen Hand aufbauen kann, ohne daß sie im Bürokratismus ersticken muß. Sie war noch kein Beispiel dafür, wie es gemacht werden muß, aber sie war ein Beispiel dafür, daß man nicht unbedingt nur mit privaten Banken ein Bankgeschäft betreiben kann.

Die Bürokratie, die ebenso wie in der Industrie sich auch in den Banken eingenistet hatte, so sehr man sie in der Propaganda nur den öffentlichen Körperschaften zuzuschreiben pflegt, ist eine

„Reibungserscheinung". „Sie nimmt zu mit der Größe der Massen, die sich gegeneinander bewegen. Da der Staat der größte Organismus ist, pflegt sie auch hier am größten und am besten ausgebildet zu sein.

Wie man die Reibung in der modernen Technik durch Kugel- und Rollenlager, Oele und Fette herabzumindern gelernt hat, so sollte man sie auch im sozialen und wirtschaftlichen Leben durch neue Methoden herabzumindern bestrebt sein. Die Bürokratie frißt Kräfte, ebenso wie die Reibung in der Technik. Je autokratischer ein Regime, je geringer die Eigenbeweglichkeit der einzelner Teile, desto größer die „Reibung" im System, desto größer und stärker die Bürokratie. Die deutschen Konzerne und Trusts, zu denen auch die Großbanken gehörten, stellten autokratische, diktatorische Systeme erster Ordnung dar, in denen die Bürokratie nicht weniger Orgien feierte als im Behördensystem.

Während die Bürokratie in der Privatwirtschaft aber ein Produkt der neueren Entwicklung ist, ist sie im Behördensystem ein Ueberbleibsel aus vergangenen Zeiten, das längst hätte überwunden sein sollen und können. Ueber die Wege hierzu soll später die Rede sein.

Zusammenfassend wird man sagen müssen: das alte Bankensystem ist überholt. Es gibt Ansätze zu einem neuen System, die ausgebaut werden müssen. Eine Beibehaltung der privaten Banken in ihrem bisherigen Ausmaße für die Finanzierung einer neuen, notwendig kommenden Wirtschaft wäre ein Widersinn und eine Belastung, die Gefahren mit sich bringen muß.

Das Werkzeug des Wiederaufbaues

Ungefähr zwei Monate nach der Kapitulation der nationalsozialistischen Macht in Deutschland kam der Verfasser mit einem Manne in Berührung, der ihm mitteilte, daß er mit einer der Besatzungsmächte über die Errichtung einer neuen politischen Partei verhandle. Er hoffe, so sagte er, Erfolg zu haben, da seine Partei ein Gegengewicht gegen eine Linksentwicklung darstellen werde. Dieser Mann war sichtlich erstaunt, als ich ihm erwiderte, daß dies kein gesundes Prinzip für eine politische Partei sei.

Das „Gegengewichtsprinzip" hatte keine kleine Rolle in der Zeit des Aufkommens der Nazi gespielt, und viele Leute hatten nationalsozialistisch gewählt, weil sie der Ansicht waren, daß sie nur so ein Gegengewicht gegen eine Linksentwicklung vergrößern könnten. Liberale und Demokraten wählten sehr oft nicht nach ihrer Ueberzeugung, sondern nach diesem „Gegengewichtsprinzip" — und sahen sich bald in den Klauen des Nationalsozialismus.

Deutschland hat nie wie Großbritannien und die Vereinigten Staaten ein Zweiparteiensystem gehabt, das die Ausübung der politischen Macht sehr vereinfacht. Die historische Entwicklung des Deutschen Reiches erst in der Neuzeit aus einer großen Zahl von Kleinstaaten, die religiöse Spaltung und die Existenz von Staatskirchen und Religionen der beiden vorherrschenden Glaubensbekenntnisse seit dem Dreißigjährigen Kriege und schließlich die rapide Entwicklung des Industrieproletariates haben das verhindert. Es ist auch nicht damit zu rechnen, daß dies in absehbarer Zeit erreicht wird.

Der Nationalsozialismus gab vor, mit seinem Einparteiensystem sogar einen Fortschritt gegen das Zweiparteiensystem und die vielen Parteien der Zeit vor 1933 darzustellen. Viele, Nazis und Nicht-Nazis, haben mir in Deutschland bestätigt, daß dies der Grund gewesen sei, warum sie Nazis geworden seien oder wenigstens Hitler ihre Stimme gegeben hätten. Nach dem Zusammenbruch des Systems dagegen waren sie so enttäuscht, daß sie „nie wieder etwas mit Politik zu tun" haben wollten.

Es kostete mich immer eine gewisse Mühe, sie davon zu überzeugen, daß sie in Wirklichkeit seit Beginn der „Einheitspartei" nie etwas mit Politik zu tun gehabt hatten! Ich mußte ihnen klar machen, daß es Politik nie ohne mindestens zwei Parteien geben kann. Politik ist immer ein Kampf von Meinungen, ein gegenseitiges Ueberzeugen, ein Ausspielen von Klassen-, Gruppen- oder Kasteninteressen und kulturellen Ueberzeugungen. Wo es nur eine Partei gibt, kann es keine Politik mehr geben.

Wo außerdem diese Partei nur von einer kleinen Führerschicht regiert wird und, wie das Blutbad vom Juni 1934 zeigte, innerhalb dieser Partei keine Meinungsverschiedenheit geduldet wird, schließlich die Führerschicht von e i n e m Manne dominiert wird, der über jedes Mittel verfügt, um jede Meinungsäußerung lebensgefährlich zu machen, existiert nicht einmal eine „Ersatzpolitik". Jeder Fehler, jedes Verbrechen war möglich, sei es die Verschwendung des

gesamten Volksvermögens für die Selbstvernichtung des Krieges, der offene Raub privaten Vermögens und der Massenmord der eigenen Bevölkerung oder fremder Völker, da es nicht die geringste Möglichkeit einer erlaubten Kritik gab. Die illegale Kritik war immer mit Lebensgefahr verbunden.

In Großbritannien hat die regierende Partei praktisch die Macht, alle ihre Ziele durchzusetzen, da das Oberhaus nur noch in gewissen Fragen ein aufschiebendes Veto besitzt und nicht wie der Senat in den Vereinigten Staaten eine wirkliche politische Macht darstellt. Trotzdem hat es durch oft große Sachkunde einzelner Mitglieder, durch leidenschaftslose Behandlung und Kritik ein nicht unerhebliches Gewicht. Es besteht weiterhin eine sehr lebendige und einflußreiche Opposition nicht nur im Parlament, sondern auch in der Presse und im sonstigen öffentlichen Leben, die sehr beachtet werden muß und beachtet wird. Wo wäre es zum Beispiel in der Welt möglich gewesen, daß ein Mann der Regierung wie Göring, der von diesen Dingen weniger als nichts verstand, es durchsetzte, daß Riesensummen für die Förderung und Verarbeitung der Eisenerze von Salzgitter verwendet wurden? Alle bisherigen Statistiken, bis in die Nazi-Zeit hinein (siehe Statistisches Jahrbuch von 1936), hatten festgestellt, daß es in Salzgitter Eisenerze sogenannter „Erster Reihe", das heißt, Erze, die ohne weiteres verwendet werden können, in Höhe von 35 Millionen Tonnen gibt. Erze „Zweiter Reihe", deren Gewinnung Schwierigkeiten entgegenstehen, sollten noch in Höhe von 65 Millionen Tonnen vorhanden sein. Dazu muß bemerkt werden, daß alle diese Erze bei weitem nicht so hochprozentig waren wie die normalerweise in Deutschland verwendeten Erze. Wenn man sich dann klar macht, daß Deutschland zwischen 16 Millionen (1934) und 19 Millionen (1930) Tonnen meist hochprozentiger Erze jährlich in normalen Zeiten verbrauchte, ist es nicht schwer, auszurechnen, wie lange diese unwirtschaftlichen Erze auch unter günstigen Bedingungen vorhalten konnten.

Auf dieser Grundlage wurden nun die riesigen Werke von Salzgitter gebaut, deren Verzinsung, geschweige denn Amortisierung, eine völlige Unmöglichkeit war. Als einziges Pflaster wurden lediglich neue Schätzungen von riesigen Eisenmengen aufgeklebt, die angeblich oder wirklich dort vorhanden waren — von denen es aber totsicher ist, daß sie laufend gewaltige Subventionen kosten müssen, also niemals wirtschaftlich gefördert und verarbeitet werden können. Nicht nur Werke, sondern ganze Städte, Eisenbahnen und Kanäle wurden so in diese „industrielle Wüste" gebaut und auch hierfür Riesensummen verpulvert, um den Traum eines wirtschaftlichen Idioten zu verwirklichen. Durch seinen Machtspruch, gegen den es keine politische und wissenschaftliche Opposition gab, verwandelte sich diese Gegend, in der nach Ansicht aller bisherigen Wissenschaftler vielleicht Gelegenheit für den Bau eines kleinen Eisenwerkes vorhanden war, plötzlich in eines der reichsten Eisenerzvorkommen Europas. Das wäre in einem Lande, in dem es „Politik" gab, niemals vorgekommen. Daß die betroffene Gegend zeitweilig einen wirtschaftlichen Aufschwung erfuhr, ist kein Wunder; die Folgen müssen nach Beendigung des Experimentes um so schlimmer sein.

Dasselbe, was sich hier abgespielt hat, geschah auch auf anderen Gebieten. Kritiklosigkeit führte zu wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Maßnahmen, die entweder stillschweigend wieder fallengelassen werden mußten oder ebenso stillschweigend weitergeschleppt wurden. Das Ende war die überstürzte Herbeiführung des Krieges, weil, wie im Nürnberger Prozesse klar gesagt wurde, „Deutschlands Wirtschaft bankrott war". Ohne den Krieg wäre der innere Zusammenbruch gekommen.

Es gibt keine Politik ohne Diskussion und Meinungsäußerung. Es gibt keinen Wiederaufbau Deutschlands ohne eine freie Meinungsäußerung. Wir haben uns aber für eine Richtung zu entschließen. In normalen Zeiten mag es möglich sein, daß der Wechsel von einem System zu einem anderen in langsamer Evolution während eines Zeitraumes von Jahrzehnten vonstatten geht. Langsam gewinnt eine Richtung an Macht, an Einfluß und setzt Teilmaßnahmen durch, die sie als Basis benutzen kann, wenn ihre Zeit gekommen ist und sie nach der Uebernahme der Macht ihre Ziele durchzusetzen imstande ist.

Wir haben ein eindeutiges Beispiel dafür, wie es nicht gemacht werden sollte. Nach dem ersten Weltkriege war die Sozialdemokratie die weitaus stärkste Partei. In ihr und in den anderen Linksparteien war die Ueberzeugung vorhanden — wenigstens in ihren Wählern, die Führer hatten leider zuviele Bedenken — daß die Sozialisierung zu beginnen habe. Nur so konnte damals der Aufbau ohne Hemmnisse durchgeführt werden, nur so konnte die Macht der Reaktion gebrochen werden.

Ohne die wiedererstandene Macht der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes wäre der Nationalsozialismus unmöglich gewesen.

Da man aber auf eine absolute Mehrheit wartete, seiner eigenen Kraft nicht traute, und auch die linksbürgerlichen Parteien ihre Stimmen der stärksten Partei für entscheidende Maßnahmen nicht zur Verfügung stellen wollten, kam es nur zur Einsetzung einer „Sozialisierungskommission", von der man von vornherein wußte, daß sie eine Kommission zur Verhinderung der Sozialisierung war. Es wurde nicht über die Sozialisierung, sondern über die Schwierigkeiten der Sozialisierung gesprochen und verhandelt, und die Anhänger der Sozialisierung, die sogar teilweise in Bürgerlichen Parteien vorhanden waren, die die Notwendigkeit einschneidender Maßnahmen erkannten, fanden sich hier in einer hoffnungslosen Minderheit. Was dabei herauskam, war ein Zwitter, die sogenannte Sozialisierung des Kohlen- und Kalisyndikates, die diese Industrie mehr als bisher den privaten Interessen auslieferten, da sie den Staat vor den Wagen der Privatindustrie spannten. Im übrigen wurde weitergewurstelt, und die enttäuschten Anhänger verließen die Parteien des Sozialismus.

Das Gegenbeispiel ist Groß-Britannien. Hätte die konservative Partei in den Wahlen vom Juni 1945 gesiegt, hätte das Land auch unter dem alten wirtschaftlichen Systeme weiterbestehen können. Es hätte im Parlament keine Gesetze über „Verstaatlichung" oder „Nationalisierung" gegeben, es hätte keine „Sozialisierungskommission" gegeben, es hätte auf alle Fälle kein Mittelding, keine unlebensfähige Kreuzung gegeben.

Da die Labour Party gesiegt hat, gab es einen ganz klaren neuen Kurs. Ohne viel Gerede und ohne eine „Sozialisierungskommission", in der die Gegner der Sozialisierung ihre schwersten Geschütze auffahren konnten, wurden lebenswichtigste Entschlüsse gefaßt: es wurde der Beginn mit der Sozialisierung der Bank von England, der Kohlenindustrie und des Verkehrs gemacht, und eine ganze Reihe weiterer Maßnahmen werden noch während der Lebensdauer dieses Parlamentes getroffen werden. Dies alles, trotzdem im Parlament wie in der Presse jeder frei seine Meinung äußern kann und es auch tut — trotzdem diese Kritik in der Regierung bestimmt in vielen Fällen sehr beherzigt wird. Das ist der Unterschied: es wird gehandelt trotz Kritik, aber die Kritik wird beachtet und gewürdigt.

Deutschland kann ohne eine klare Abkehr von bisherigen Methoden und Prinzipien nicht mehr leben. Es muß darum ein klarer Kurs gesteuert werden, die kommende politische Macht muß sich in der Hand einer Partei oder in den Händen von Parteien befinden, die sich über diesen Kurs einig sind und sich auch darüber einig sind, daß er ohne Kompromisse verfolgt werden muß. Daß die alten Gewalten des Nationalsozialismus verschwinden müssen, darüber ist kein Zweifel, ebenso wie es keinen Zweifel darüber geben darf, daß die Tendenzen, die zum Nationalsozialismus führten und ihn unterstützten, verschwinden müssen.

Wenn man sich darüber im Klaren ist, gibt es nur noch eine Alternative:

Die Organisierung einer Wirtschaft mit vorherrschender, privater Kleinindustrie, Handwerk und Kleinlandwirtschaft; ein System, das hundert Jahre hinter der Entwicklung zurück ist. Es wird vielleicht eine Höchstzahl von Menschen beschäftigen, aber ihnen nur einen Lebensstandard gewähren, der kaum über dem der ersten Zeit nach der Niederlage liegen wird.

Oder:

Die großzügige Organisierung dessen, was uns nach den Beschlüssen der Alliierten und der kommenden Friedenskonferenz erlaubt wird. Planung, Finanzierung und Monopolkapital werden Sache des Staates, der Kommunen und Kommunalverbände und genossenschaftlicher Einrichtungen, sein. Dies System wird vielleicht nicht eine hundertprozentige Beschäftigung sicherstellen, aber der Gesamtheit einen wesentlich höheren Lebensstandard sichern.

Der Entschluß sollte nicht schwer zu fassen sein. Das Werkzeug für diesen Wiederaufbau wird unweigerlich, nachdem die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit zugestanden wurde, ein Parlament sein, in dem ganz Deutschland vertreten ist.

In diesem Parlamente wird es nach „guter alter deutscher Sitte" nicht eine herrschende und eine Oppositionspartei, sondern mehrere Parteien geben. Die klare Majorität einer Partei wird nicht möglich sein. Es besteht aber die Gefahr, die sich heute schon deutlich abzeichnet, daß die Ueberbleibsel einer schlechten Vergangenheit sich wieder in neuen, an sich ehrlichen Parteien, einschleichen und von hier aus eine Obstruktionspolitik betreiben. Um so mehr wird es notwendig sein, daß die Parteien eines klaren Kurses die größtmögliche Zahl von Stimmen erhalten und sich benachbarte Parteien finden, die diese Parteien unterstützen.

Auf alle Fälle darf eine Stimmung nicht aufkommen, die man nach dem Zusammenbruche in Nazi- und Nichtnazi-Kreisen hören konnte, die Tendenz, nach den Enttäuschungen von 1933 und 1945 der Politik überhaupt fern zu bleiben. Wer nicht denken will, wenn das Denken zur Pflicht wird, wer untätig bleibt, wenn das Handeln notwendiger ist als je, der beschwört neue Gefahren herauf. Wenn diese Stimmung die Mehrheit der Bevölkerung erfassen sollte, dann kann eines Tages wieder ein neuer Diktator erstehen, der, innen- oder außenpolitische Schwierigkeiten oder Möglichkeiten benutzend, das resignierende Volk in neue politische, wirtschaftliche oder sogar kriegerische Abenteuer stürzt. Wenn Deutschland eines Tages wieder sein eigener Herr im Hause und Mitglied der internationalen Völkerfamilie sein will, dann muß es zeigen, daß es frei über sich selbst entscheiden kann. Mit einer Mehrheit oder auch nur starken Minderheit politischer Kinder kann es nicht frei werden. Es kann damit nicht beweisen, daß es sich wie ein freier Staat bewähren kann.

Deutschland hatte, wie gern betont wurde, unter der Republik die freieste Verfassung der Welt. Regiert wurde es aber jahrelang unter Mißbrauch des Artikels 48 der Verfassung. Es war eine Demokratie, aber es wurde von Diktatoren beherrscht — auch schon vor Hitler. Das zeigt, daß es nicht nur auf das Papier und den Buchstaben der Verfassung ankommt, sondern auf die Art und Weise, wie Formen der Demokratie in der Wirklichkeit angewendet werden.

Auch die neue Verfassung wird demokratisch sein. Es muß aber auch die Möglichkeit vorhanden sein, diese Demokratie aus dem toten Buchstaben in lebendige Politik zu verwandeln. Eine nur politische Demokratie, der andere, meistens wirtschaftlich stärkere Kräfte ständig in die Arme fallen, ist wertlos und schwach. Die Demokratie sollte auch im wahren Sinne des Wortes parlamentarisch sein. In der Weimarer Republik waren nicht einmal alle Minister Mitglieder der herrschenden Parteien, und die wichtigsten Ministerien, besonders das Wehrministerium, wurden oft von reinen Strohmännern besetzt. Während das Parlament beschloß und die Minister wechselten, blieb in Wirtschaft und Verwaltung alles beim alten. In fast vierzehn Jahren waren nicht einmal alle Artikel der Verfassung durchgeführt worden und ihre Durchführung gewöhnlich an dem außerparlamentarischen Widerstand der Interessengruppen gescheitert. Als schließlich die Parlamentsmehrheit im Reich vor der lächerlichen Minderheit der Interessentengruppen um Herrn v. Papen und wenig später die preußische demokratische Regierung vor dieser ungesetzlichen Minderheitsregierung der Vorläufer Hitlers kapitulierte, war das Schicksal der Demokratie besiegelt.

Das Werkzeug des Wiederaufbaues kann darum in Deutschland nur eine Form der Demokratie sein, die mit dem außerparlamentarischen Einfluß der Interessenten aufräumt.

Beamter oder Angestellter?

Im englischen Parlament gibt es eine sehr genau eingehaltene Bestimmung: das Parlamentsmitglied darf kein vom Staat bezahltes Amt innehalten. Minister sind natürlich ausgenommen, da sie sozusagen Angestellte des Parlaments sind, für die der Staat das Geld auslegt. Als Grund wird man sich vorzustellen haben, daß der Abgeordnete weder vom Staat „bestochen" werden darf, eine staatsfreundliche Haltung einzunehmen, und so nicht in die unangenehme Lage kommen kann, gegen den Staat und seine Vorgesetzten, denen er als Beamter Gehorsam schuldet, im Parlament auftreten zu müssen. Diese Regel wird sehr genau genommen, und nach den letzten Wahlen mußten sich einige wenige Abgeordnete ein Verfahren gefallen lassen, weil sie eine Art von Ehrenamt bekleidet hatten, das mit einer kleinen Bezahlung verbunden war, von der sie nicht einmal etwas gewußt hatten. Sie wurden in diesen Fällen anerkannt. In anderen Fällen wirklicher Bezahlung würden sie ihr Amt niederzulegen gehabt haben.

Auf alle Fälle ist dies ein sehr gesundes Prinzip, denn der Beamte hat tatsächlich eine Sonderstellung im Staat. Er ist das ausführende Organ des Staates, das Mittel, mit dem der Staat seine Bürger regiert. Die Beleidigung eines Beamten in dieser Eigenschaft wird besonders hart bestraft; der Beamte ist durch meist lebenslängliche Anstellung gegen Zufälligkeiten der Konjunktur gesichert, er bekommt eine Pension, wenn er arbeitsunfähig wird oder die Altersgrenze erreicht. Wenn er auf der einen Seite geschützt wird, steht er auf der anderen unter einem besonderen Recht, dem Disziplinarrecht, einem Ausnahmerecht, dem der freie Bürger nicht

unterworfen ist. Sein Gehalt, trotzdem es Sicherungen gegen Entlassung einschließt, ist gewöhnlich nicht so hoch wie das ähnlicher Angestellter im privaten Leben. Der Beamte ist durch besondere Vorteile und durch besondere Nachteile aus der Masse der Bürger herausgehoben.

Der Grund hierfür ist geschichtlich; der Beamte ist das Produkt des absoluten Staates, des autoritären Staates vor dem Zeitalter der Demokratie. Er war eher der Beamte und nicht der legendäre Krückstock, mit dem Friedrich Wilhelm der Erste und Friedrich der Zweite ihre Untertanen beherrschten, und gleich ihm taten es alle die kleineren und größeren Potentaten ihrer Zeit in Deutschland und anderswo.

Mehr als in anderen Ländern ist dieses System in Deutschland erhalten geblieben. Der Durchschnittsbeamte ist wie der Soldat im Dienste gewöhnt, keine eigene Meinung zu haben und nur die Befehle und Anordnungen seines Vorgesetzten auszuführen. Diese Beamtenpsychologie hatte es vielen von ihnen so leicht gemacht, nach dem 30. Januar 1933 die „Gleichschalternative" zu ergreifen. Bis in die Ministerposten hinauf verteidigten sich die Kriegsverbrecher in Nürnberg damit, daß sie als Beamte keine andere Wahl gehabt hätten, als auch den sinnlosesten Befehlen zu gehorchen. Sie fühlten sich wie der Soldat im Kriege, und niemandem fiel es ein, daran zu denken, daß es sogar für den Soldaten im Militärstrafrecht einen Paragraphen gibt, nach dem die Ausführung eines offenbar gegen die Gesetze verstoßenden Befehles abgelehnt werden kann. Es ist klar, daß dies im nationalsozialistischen Staat besonders schwer gewesen wäre, aber es gibt leider zu wenig Beispiele dafür, daß es auch Beamte gegeben hätte, die nicht einfach Befehle annahmen und ausführten. Das beste Beispiel für einen solchen Beamten ist zweifellos Herr Meißner, der noch dazu ein ausgesprochen politisches Amt als Staatssekretär des Reichspräsidenten bekleidete und unter normalen Umtänden nach dem Tode Eberts mit dem man ihn politisch zu einem hohen Grade identifizieren mußte, hätte abgehen müssen. Er fühlte sich aber als Beamter, blieb nicht nur unter dem Uebergangsregime Hindenburg, sondern schließlich auch unter Hitler.

Es muß zugegeben werden, daß viele, besonders „kleine Beamte", nur im rechtlichen Sinne Beamte sind, da der Staat allmählich mit der Ausdehnung seiner Funktionen immer mehr seiner Angestellten zu Beamten machte. Sie haben mit der Politik des Staates wenig oder sogar gar nichts zu tun. Trotzdem, wenn der Beamte in seiner Masse politisch so geschult gewesen wäre, wie er es als Staatsbürger hätte sein müssen, hätte eine Massen-Amtsniederlegung den nationalsozialistischen Staat zusammenbrechen lassen.

Je höher man aber auf die Stufenleiter hinaufsteigt, desto politischer wird das Amt des Beamten, desto enger ist er mit der Ausführung der Gesetze und Anordnungen eines spezifischen Parlamentes und einer spezifischen Regierung verbunden. In diesen Beamten müssen, da er ja nicht nur Beamter, sondern auch ein Staatsbürger mit langer Schulung ist, Widerstände gegen seine Pflichten auftreten, wenn er mit dieser Regierung nicht mehr übereinstimmt. Es ist ein Irrglaube, wenn man annimmt, daß der deutschnationale Beamte der Vorkriegszeit, auch wenn er seinen Eid auf die Republik geleistet hatte, seine Pflichten ganz genau so wie unter seinem ehemaligen kaiserlichen Herrn geleistet hätte. Wenn er dies getan hätte, wäre dies ein zu schlechtes Zeugnis für ihn selbst gewesen, denn ein Mann, der so schnell seine Ueberzeugung wechselt, ist an sich schon nicht geeignet, sein Amt auszufüllen.

Zwei Fehler hat die Republik in ihrer Beamtenpolitik gemacht: daß sie diese Beamte einfach übernahm und nicht wenigstens mit der Zeit ersetzte, und daß sie sich und diesen Beamten einredete, daß sie unbeschadet ihrer persönlichen Meinung ihre Pflichten genau so gut wie vorher ausüben könnten. Sie gaben sozusagen ihre eigene, überkommene und anerzogene politische Ueberzeugung in der Garderobe ab, bevor sie in ihr Amtszimmer traten. Das wird besonders deutlich, wenn man an den Richter und den Staatsanwalt denkt, die plötzlich alles, was sie bis dahin für Recht angesehen hatten, was für sie eine innere Ueberzeugung sein sollte, über Bord werfen mußten und das offenbare Unrecht anerkannten.

Diese Nazibeamten werden heute durch Nichtnazis ersetzt. Es kann damit die Gewähr gegeben werden, daß nun jedenfalls keine organisierten und überzeugten Nazis mehr in den Aemtern sitzen. Es ist aber noch keineswegs die Gewähr dafür gegeben, daß eine zukünftige Regierung in den wichtigen Aemtern auch Beamte vorfindet, die ihren Kurs zu steuern gewillt sind oder mit der Regierung wirklich voll übereinstimmen. Ist das nicht der Fall, dann können und müssen diese Beamte, je fester ihre politische Ueberzeugung ist, Sand in der Mühle der

Regierung darstellen. Sie können ihr Amt nicht so ausüben, als wenn sie einer Regierung ihrer Ueberzeugung dienen.

Es sollte darum eine Selbstverständlichkeit sein, daß mit dem Wechsel eines Regierungskursus, mit einer neuen, veränderten Majorität auch diese hohen Beamten durch Beamte des Vertrauens der Regierung ersetzt werden. Das ist bisher in Deutschland, auch unter der Republik, nur mit sehr wenigen hohen Beamten der Fall gewesen. Ihre Aemter sollten parlamentarisch sein und nicht die Notwendigkeit vorliegen, diese Beamte nun unbedingt in ihrer Rangstufe zu halten.

Diese Maßnahme würde auch einen weiteren Vorteil haben: Beamte haben die Tendenz, einseitig zu werden und den Kontakt mit der rauhen Wirklichkeit zu verlieren. Sie haben zuviel von dem Palmström Christian Morgensterns, von dem es heißt:

„Er beweist es messerscharf,
Daß nicht sein kann, was nicht sein darf."

Der Beamte, je höher in der Rangstufe, desto mehr, handelt er zu sehr nach dem Buchstaben des Gesetzes und der Verordnung. Was auf dem Papier steht, das besteht für ihn auch in der Wirklichkeit. Diese Wirklichkeit sieht aber oft ganz anders aus, und es täte manchem dieser Beamten gut, wenn sie gelegentlich wieder in diese Sphäre zurückversetzt würden, in der alles ganz anders aussieht. Nach dem Papier der Verordnungen war die Polizei der Republik sehr demokratisch, höflich und zivilisiert. Man brauchte sich aber nur an einer friedlichen Demonstration zu beteiligen, um plötzlich ganz anderer Ueberzeugung zu werden. Hier spielte der Gummiknüppel eine hervorragende Rolle und machte wenig Unterschied zwischen Nazis, die provozierend durch Arbeiterquartiere von Berlin zogen und die Republik niederbrüllten, und einer Demonstration für die Republik und gegen die Nazis. Wer als bekannter Beamter der Regierung in ein Amt kam, hatte einen anderen Eindruck als der gewöhnliche Staatsbürger, der von Pontius zu Pilatus geschickt wurde und wertvolle Zeit nutzlos verlor.

Der Amtstitel des Beamten sollte nur im Dienste gelten, wie es zum Beispiel in England der Fall ist. Außerhalb seines Dienstes ist er ein einfacher „Mister", und man kann mit Mister Smith lange bekannt sein, ehe man auch nur eine Ahnung hat, in welchem Regierungsbüro er sitzt und welchen amtlichen Einfluß er hat. In Deutschland gibt es kaum einen Herrn Schmidt, nur einen „Herrn Assistenten Schmidt", Regierungsrat oder Ministerialrat Schmidt, auch wenn er nur ein Brot bei einem Bäcker kauft, was zweifellos nichts mit seiner amtlichen Eigenschaft zu tun hat. Dasselbe ist auch beim Militär der Fall. Während der deutsche Offizier immer in seiner Uniform umherlief, zog der englische sein „Arbeitskleid" sofort nach dem Dienst aus, und sogar der General erschien nach dem Dienst als Zivilist.

Ganz allgemein ist zum Beamtenproblem noch etwas anderes zu sagen. Der Beamte ist, wie gesagt wurde, als Vollzugsorgan des absoluten Staates der vordemokratischen Zeit entstanden. Er war das Mittel, mit dem der Herrscher das Volk auch gegen den Willen des Volkes beherrschte. Der Beamte ist das in vieler Hinsicht auch bis heute geblieben. Die Unfehlbarkeit und Schroffheit des Beamten ist sprichwörtlich. Während der Geschäftsmann darauf sieht, so viele seiner Kunden wie nur möglich in der ihm gegebenen Zeit abzufertigen, hat der Durchschnittsbeamte Zeit. Der „Kunde" hat auf ihn zu warten. Er kommt nicht und wird abgefertigt, er wird bestellt und hat dann zu warten, bis der Beamte Zeit für ihn findet.

Im modernen Staate, und das wurde in der Reichsverfassung der Weimarer Republik schon ganz deutlich gesagt, geht „alle Gewalt vom Staate aus". Der Staat ist danach nicht der Vorgesetzte des Bürgers, sondern der Bürger ist der Vorgesetzte des Staates und seiner Beamten, die er gewählt hat. Der Bürger hat ein Recht darauf, daß er von s e i n e m Beamten so behandelt wird, wie es der „Vorgesetzte" verlangen kann. Das wird besonders wichtig sein, wenn die Aufgaben des Staates sich mit der Tendenz zur Uebernahme immer größerer Aufgaben vermehren werden. Es ist kein Zufall, daß der britische Beamte seine Briefe an den Bürger mit der Formel schließt: „Your obediant servant!" („Ihr gehorsamer Diener!"). Es ist nicht nur eine Formel, man wird im allgemeinen auch so behandelt, vom Schutzmann auf der Straße angefangen bis hinauf zum hohen Regierungsbeamten.

Die radikalste Lösung würde die Abschaffung des Berufsbeamtentums überhaupt sein. Es wird aber wahrscheinlich genügen, wenn das System so verändert würde, daß jedem Beamten, nicht nur in Ausnahmefällen, die dann als Beispiel für eine liberale Beamtenpolitik angeführt werden, die Beförderung von den untersten Stufen bis in die höchsten hinein nach der Tüchtigkeit

möglich ist. Auf der anderen Seite müßte in diesem Falle aber auch die übliche automatische Beförderung in der „Ochsentour" aufhören und die Beförderung nur nach der Leistung in sachlicher und persönlicher Hinsicht erfolgen. Das Studium, Prüfungen und das Eintrittsexamen sollen nicht bedeuten, daß man sich nun ganz genau ausrechnen kann, in wieviel Jahren man Assistent, Sekretär und Obersekretär oder Inspektor wird, oder in wieviel Jahren man sich vom Assessor zum Ministerialrat hinaufgesessen hat. Die Zahl der durchgewetzten Hosenböden darf kein Gradmesser sein, ebensowenig wie die Schroffheit des Tones, mit der möglichst viele Fälle durch Abschrecken der Fragesteller erledigt werden können. Das Eintrittsexamen des englischen „Civil Servant", was man ungefähr mit „Diener der Oeffentlichkeit" übersetzen könnte, ist weniger ein Fachexamen als eine Prüfung des Kandidaten hinsichtlich seiner Intelligenz, Auffassungsgabe und seines Allgemeinwissens. Lernen wird er viel mehr in der Praxis, wenn er diese Eigenschaften besitzt, als wenn er vollgestopft mit Fachwissen, das er in der Praxis noch nicht angewendet hat, in die Prüfung steigt.

Wer, wie schon gesagt, nicht nur unter den Nazis, sondern auch in der Republik gesehen hat, wie die Polizei auf eine friedliche Menge einschlagen kann, der weiß, wie gottnah sich ein Beamter fühlen kann. Das Gegenbeispiel ist der Londoner Polizeibeamte, der im Hydepark dafür zu sorgen hat, daß die Menge, die den bekannten Hydepark-Rednern zuhört, nicht gestört wird. In einem „Eingesandt" einer Londoner großen Zeitung berichtete kürzlich ein Leser des Blattes, der mit dem Auto vorbeifuhr und einen Augenblick hielt, um einem Manne zuzuhören, der dort mit den schärfsten Worten gegen die Regierung redete, über seine Erfahrung mit der Polizei. Der Polizeibeamte setzte sich in Bewegung, und der Beobachter, ein Ausländer, hatte schon das Empfinden, daß der Redner nun verhaftet oder wenigstens am Reden verhindert werden würde. Zu seinem Erstaunen wandte er sich aber an den Automobilisten und forderte ihn auf, den Motor abzustellen, da die Menge so nicht zuhören könne.

Ganz gleich, wie man sich dem bisherigen Beamtentum gegenüber verhalten wird, die neue Wirtschaft, die weitgehend unter dem Einfluß des Staates stehen wird, sollte so wenig wie möglich mit „beamtenmäßigem Verhalten" ihrer Angestellten belastet werden. Hier ist ein Gebiet, auf dem der Staat mit Nutzen die Erfahrungen und die Einrichtungen der Privatwirtschaft übernehmen kann. Hier wird mehr als in allen anderen Zweigen der Verwaltung Initiative notwendig sein, mehr als noch in der alten und überkommenen Privatwirtschaft. Hier soll Neues aufgebaut werden, das oft noch erprobt werden muß, und hier müssen Widerstände überwunden werden. Das kann nur dann getan werden, wenn der tüchtige Angestellte mit Initiative und Wissen die Gewißheit hat, daß seine Arbeit anerkannt wird, und daß er nicht die übliche Zeit auf die Beförderung zu warten hat, oder daß er doch, auch ohne besondere Anstrengung, auf den ihm vorbestimmten Platze enden wird. Damit würde auch einer der oft gehörten Gründe gegen die Tätigkeit des Staates in der Wirtschaft beseitigt werden, der Widerstand gegen den Beamtenstaat in der Wirtschaft verringert.

Man wird sich daran gewöhnen müssen, daß das historisch gewordene Beamtentum überholt ist. Das heißt nicht, daß man alles, was heute unter diesen Begriff fällt, beseitigen soll. Man sollte übernehmen, was tragbar ist, aber reformieren und durch Neues ersetzen, was geändert werden muß. Wo absolut Neues geschaffen wird, soll man sich nicht mit alten Formen belasten.

Selbstverwaltung und Betriebsdemokratie

Die Uebernahme wichtigster Industrien durch die Allgemeinheit, die Organisierung und Planung kann nicht ohne die Mitarbeit aller in diesen Zweigen der Wirtschaft Arbeitenden durchgeführt werden. Man kann diese Mitarbeit aber nicht erzwingen, ebensowenig wie man sie durch einfaches Ueberreden oder die Ankündigung, daß der Betrieb sich nicht mehr im Privatbesitz befindet, herbeiführen kann. Der Arbeiter und Angestellte des Betriebes muß unmittelbar selbst fühlen und erfahren, daß sich im Betriebe etwas verändert hat, daß seine Lage sich nicht nur nach Ablauf einer völlig unbestimmten Zeit verändern wird.

Bis 1918 war Deutschland ein reiner Obrigkeitsstaat, in dem der Reichstag und die Parlamente wenig mehr als die Rolle eines Feigenblattes für diesen veralteten Staat spielten. Die Periode der Republik war zu kurz und zu oft von Zwischenspielen autoritärer Perioden unterbrochen, um bereits einen Wechsel herbeigeführt zu haben. Der Kapp-Putsch und andere Bürger-

Arbeitern und Bürgern verdankte. Ebenso verhielt es sich mit Herrn Thyssen, dessen Memoiren während des Krieges unter dem Titel „Ich finanzierte Hitler" veröffentlicht wurden. Wie es hier war, so war es auch in anderen Parteien. Man wird außerdem feststellen können, daß es fast immer die Verteidigung des Besitzes war, die diese Fünfte Kolonne in den Parteien dazu verführte, in den Reihen der Demokratie Munition für die Diktatur zu fabrizieren.

Eine weitere Frage ist die der Arbeitsfähigkeit des Parlamentes. In Deutschland war es Dank dieser „vollendeten" Demokratie eines Wahlsystemes möglich, daß eine große Zahl von Splitterparteien entstanden und sogar ihre Abgeordneten ins Parlament brachten. Es gab einige wenige große Parteien, die sich ungefähr die Wage hielten; neben ihnen aber gab es diese Gruppen und Grüppchen, die dann im Parlament den Ausschlag gaben und sich je nach der Situation auf die eine oder die andere Seite schlugen. Wer mehr versprach, erhielt ihre Stimmen bei der Formierung eines neuen Kabinettes. So kam es in der „vollkommensten Demokratie" zu einer Diktatur der kleinsten Parteien, die noch dazu oft reinste Interessengruppen waren und, wie die Wirtschaftspartei oder gelegentlich die Vertreter der Aufwertung der alten 1000-Markscheine, völlig unpolitische Sonderinteressen vertraten. Alle diese Interessentenstimmen gingen den wirklich politischen Parteien verloren.

Ein weiterer Fehler haftete diesem theoretisch gerechtesten Wahlsystem an: die Reichsliste. Es sah bestechend aus, daß keine Stimme verlorengehen konnte und jede Reststimme auf einer Reichs- oder Landesliste gesammelt wurde und von hier aus weitere Vertreter in das Reichsparlament und ebenso in die Landesparlamente gesandt wurden. Wer im ganzen Reiche oder im Lande auch nur einen Abgeordneten durchbrachte, hatte hier die Gelegenheit, weitere Reststimmen zu verwerten: die Hoffnung der Splittergruppen. Wesentlich kleinere Wahlkreise, in denen Splittergruppen nicht die Möglichkeit haben können, auch nur einen Abgeordneten ins Parlament zu bringen, könnten diesen Fehler bereits abstellen.

Diese Liste hatte aber auch den Nachteil, daß auf ihr Personen in den Reichstag und die Landesparlamente einzogen, die hier in den politischen Parteien ihre unpolitischen Sonderinteressen vertraten, die denen der Partei selbst und denen ihrer Wähler meist entgegengesetzt waren, oder die man den Wählern nicht gut vorstellen konnte. Welche Partei hätte es wagen können, Herrn Stinnes offen auf die normale Wahlliste zu setzen, ohne daß sie damit eine große Anzahl ihrer Stimmen verlor? Auf der Reichsliste aber wurde diese gefährliche Finanzhyäne der Nachkriegszeit glücklich in den Reichstag geschmuggelt. Hier hat er zwar nicht geredet, wurde aber ebenso glücklich in internationale Kommissionen und auf internationale Kongresse geschickt, wo er unliebsames Aufsehen hervorrief. Von hier aus dirigierte er auch seine Syndici, die ebenfalls im Parlament saßen, um seine und seiner Freunde Finanzinteressen zu vertreten. Diese Liste war nicht nur eine Reichsliste, sie war auch eine Liste der Reichen, die sich auf diese Weise ohne große intellektuelle Anstrengung ins Parlament „kaufen" konnten. Es kann nicht bezweifelt werden, daß auf ihr auch Leute ins Parlament kamen, die hier eine wichtige Rolle gespielt haben, trotzdem sie nicht die Rednergabe hatten, die sie durch eine unmittelbare Wahl gebracht hätte. Die wirklich arbeitenden Talente sind nicht immer die besten Redner, ebenso wie die guten Redner nicht immer die besten Vertreter ihrer Wähler oder ihrer Partei im Parlament sind. Das System aber hatte so viele Nachteile, daß es zum mindesten reformiert werden sollte.

Rechnerisch ist es in anderen Ländern mit einem weniger demokratischen Wahlrecht durchaus möglich, daß eine oder einige große Parteien die Mehrheit der Stimmen im Parlament auf sich vereinigen, trotzdem sie bei der Wahl nicht die Mehrheit bekommen haben. Wenn drei Parteien in einem Wahlbezirke wählen, der einen Mann ins Parlament schickt, wird eine die stärkste sein und den Abgeordneten stellen — zusammen aber können die beiden anderen wesentlich mehr Stimmen haben. Summiert kann das zu einem sehr erheblichen Minus der herrschenden Partei führen — trotzdem aber bleibt sie die stärkste Partei und der Fehler lag bei den Wählern, die sich wohl auf Parteien, aber nicht auf eine Richtung einigen konnten.

Wenn keine bessere Lösung gefunden werden kann, wird es richtiger sein, sich mit der Herrschaft einer Partei, die vielleicht eine Minderheit präsentiert, abzufinden, als mit zufälligen, oft nicht lebens- und arbeitsfähigen Koalitionen vieler Parteien.

Der oberste Grundsatz aber sollte sein, daß wirklich das Parlament regiert und nicht irgendwelche Gruppen und Grüppchen, die sich hinter dem Parlament verstecken. Im Weimarer Deutschland setzte sich der neue Reichskanzler weniger mit den Parteien in Verbindung, um seine Ministerliste aufzustellen, als mit den Interessengruppen hinter den Parteien. Der Reichsverband der Deutschen

Industrie hatte eine gewichtigere Stimme als die Volkspartei, die zu einem nicht unwichtigen Ausmaße aus seinen Strohmännern bestand.

Dieser Zustand war so bekannt, daß Hitler ihn mit Erfolg in seiner Propaganda benutzte. Hier war jemand, so sagte sich der Wähler, der mit diesem Zustande ein Ende machen will — und gab ihm seine Stimme. Bis es zu spät war und Hitler die ganze Reaktion, finanziell und politisch in seinen neuen Reichstag aufnahm. Da der Reichstag aber keine Bedeutung mehr hatte, wurden diese Interessenten unmittelbar in alle wichtigen Aemter hineingeschmuggelt.

Das Deutschland des Kaiserreiches hatte ein durchaus demokratisch gewähltes Parlament, aber es war nicht parlamentarisch-demokratisch. Die Regierung war nicht vom Reichstage abhängig, mußte nicht das Vertrauen des Reichstages haben und mit dem Verluste dieses Vertrauens abtreten. Der Kaiser ernannte Reichskanzler und Minister. Die Republik hatte ein noch demokratischeres Parlament, das dazu noch parlamentarisch regierte. Das Parlament aber regierte oft nur sehr formal, in Wirklichkeit regierten die mehr unsichtbaren und unverantwortlichen Mächte hinter dem Parlamente.

Wenn diese Mächte ganz verschwinden, um so besser; eher aber wird man sich mit einem formal weniger demokratischen Wahlrechte abfinden können, als mit einem formal fehlerlosen, das in der Praxis das Einschmuggeln reaktionärer, gefährlicher und antidemokratischer Interessen erlaubt.

Es handelt sich aber auch nicht nur um ein Parlament, das gewählt werden wird und das dann „von oben" her regieren soll. In einigen Teilen Deutschlands hat es bereits im Frühjahr 1946 Wahlen zu kommunalen Vertretungen gegeben, die bald wieder regelmäßig in allen Teilen Deutschlands stattfinden werden. Was wirkliche und freie Wahlen sind, das haben Hunderttausende, ja Millionen von Deutschen, die sich heute im wahlfähigen Alter befinden, nie erfahren. Als Süditalien bereits von den Nazis und Faschisten befreit war, half ein alter deutscher Gewerkschaftler, dort die italienischen Gewerkschaften wieder aufzubauen. An einem Kongreß, der zu diesem Zwecke einberufen wurde und an dem Teilnehmer nicht nur aus der befreiten Zone, sondern auch Vertreter, die illegal die Linien gekreuzt hatten, zugegen waren, ergab sich naturgemäß ein sehr hohes Durchschnittsalter. Die ganze jüngere Generation hatte nie an Tagungen teilgenommen, auf denen irgend eine Frage diskutiert werden konnte. Man wurde bestellt und kam, nahm Befehle und Weisungen entgegen, ging und gehorchte.

Diesmal wurden jedoch auf Anregung des deutschen Gewerkschaftlers auch ganz junge Arbeiter als Teilnehmer des Kongresses zugelassen. Sie hatten zwar keine beschließende, aber beratende Stimme. Ihr Erstaunen war grenzenlos, als sie sahen, daß der Redner keineswegs allgemeinen Beifall fand und eine ganze Reihe von Verbesserungsvorschlägen gemacht und Anregungen gegeben wurden. Das Erstaunen steigerte sich, als sogar abgestimmt wurde und einige der Anwesenden gegen die Vorschläge stimmten. Das war für sie etwas ganz Unerhörtes. Bis dahin hatten sie den Mund nicht aufmachen dürfen, hatten nicht zu denken brauchen, nicht denken dürfen, und natürlich auch politisch zu denken verlernt!

Ich selbst bin mehr als einmal in einem Jeep als erster in Orte gekommen, die von der deutschen Armee bereits geräumt, von den Alliierten aber noch nicht besetzt waren. Ich wurde in jeder Beziehung gut aufgenommen, hatte nur oft das sonderbare Erlebnis, daß man mich bat, etwas gegen die Nazibehörden zu unternehmen. Wo das geschah, hatten sie sich besonders schlecht benommen oder benahmen sich noch immer provozierend. Andernfalls wurden sie widerspruchslos geduldet.

Wenn ich dann fragte, warum man auf eine Uniform warte, um die Nazis hinauszuwerfen, warum man sie nicht schon längst hinausgeworfen habe, wurde diese Frage zuerst gar nicht verstanden. Daß man selbst etwas habe tun können, ohne besondere Autorität zu haben, ohne eine Uniform zu haben, das war nicht zu begreifen. Die Frage, die dann kam, war: „Was werden die Amerikaner dazu sagen?" Wenn ich ihnen dann erklärte, daß, wenn sie die Initiative in die Hand nehmen und die Nazis hinauswerfen und festsetzen würden, die Amerikaner dies sehr begrüßen würden, fand ich nur ungläubiges Staunen. Wenn die Nazis dann bis zum Einzug der Alliierten im Amte saßen, dauerte es naturgemäß viel länger, sie ganz loszuwerden.

Auch auf dieser Ebene ist durch den Obrigkeitsstaat, den Führerstaat und das Führerprinzip herunter bis zum Kaninchenzüchterverein die Initiative verloren gegangen.

Das Wiedererstehen der kommunalen Selbstverwaltung ist aber die beste Schule für das politische Leben überhaupt. Die Einwohner der Gemeinde, der Stadt und des Kreises kennen ihre Mitbürger am besten, wissen, wie sie sich unter den Nazis verhalten haben, was sie vor der Nazi-

recht, wenn sie es ablehnten, sich mit den Angeklagten darüber zu unterhalten, was Nationalsozialismus ist und was er wollte. Wir haben gesehen, was er getan hat. Wir beginnen auf einer anderen Basis und haben es nicht nötig, über Wert oder Unwert des Nationalsozialismus zu diskutieren. Demokratie bedeutet Diskussion; so wenig wir heute über Wert oder Unwert der Menschenfresserei diskutieren, so wenig werden wir es über den Nationalsozialismus zu tun haben.

Nur so kann die neue Demokratie innere Reibungen vermeiden und so stark werden, wie es die tragischsten Zustände verlangen, in denen sich das deutsche Volk je befunden hat.

Erziehung

Wenn man etwas gegen das Erziehungsprogramm der Weimarer Republik sagen will, dann ist es dies, daß es nie wirklich durchgeführt wurde. Es gab eine große Anzahl von neuen Schulen und Schulbüchern, aber die Lehrer und Professoren, durch die diese Hilfsmittel der Erziehung erst angewendet und die Programme in lebendiges Wissen umgesetzt werden sollen, waren zum großen Teile die alten Lehrer des vergangenen Systems. Sie, die dem Schüler gegenüber die Autorität darstellten, durften sich, in den meisten Fällen ungestraft, über die Republik lustig machen, ihre Erfolge bestreiten oder verkleinern und die Personen ihrer Führer beschmutzen. Man konnte die Farben der Republik weniger schön finden als das Schwarz-Weiß-Rot der Monarchie, aber es „Schwarz-Rot-Mostrich" zu nennen, wie das oft auch in Schulen geschah, war eine Verächtlichmachung, die sich die Republik nicht gefallen lassen durfte. Sie tat es aber und untergrub damit ihre eigene Autorität. Die Schulbücher der Monarchie, in denen die Geschichte vom Standpunkt einer längst vergangenen Zeit gelehrt wurde, in denen keine Rede davon war, daß alle Errungenschaften einer neuen Zeit der Erfolg von Freiheitsbewegungen waren, waren noch viel zu lange im Gebrauch. Sogar wenn neue Schulbücher eingeführt wurden, durften die Lehrer ungestraft im Unterricht ihre alten Methoden benutzen und alte Ansichten vertreten. Der Geschichtsunterricht hörte mit den siegreichen Befreiungskriegen auf und fing in der nächsten Klasse mit den siegreichen Kriegen Bismarcks wieder an, ohne daß davon Notiz genommen wurde, daß dazwischen die Periode der bürgerlichen Revolution von 1848, der Reaktion und der Beginn einer mächtigen Arbeiterbewegung gelegen hatte. Der Deutschunterricht und der Unterricht in fremden Sprachen, in der Geographie, alle wurden von ähnlichen Standpunkten aus geleitet. Wo eine scharfe öffentliche Kritik einsetzte, wurde gelegentlich durchgegriffen, aber nie grundsätzlich.

Den Nazis kann man eine ähnliche Nachsicht nicht zum Vorwurf machen. In erster Linie setzten sie alle Lehrer ab, die nicht nur ihr Gehalt von der Republik bezogen, sondern sich auch offen zur Republik bekannt hatten — wenn sie nicht umlernen oder aus Angst und Feigheit die Republik verraten wollten. Selbstverständlich wußte man genau, daß viele der neuen „Märzveilchen", wie sie verächtlich genannt wurden, nur ein Lippenbekenntnis zum Nationalsozialismus abgelegt hatten, gab sich aber damit zufrieden, wenn sie den Weisungen der Regierung ohne Widerstand folgten. Die Heuchelei wurde zum Prinzip erhoben. Es ist nichts dagegen zu sagen, wenn jemand eine andere als die Meinung der Regierung vertritt, es darf aber nicht geduldet werden, daß er nun aus rein materiellen Gründen eine andere Meinung als er sie im Privatleben vertritt, in seinem Berufe zu lehren hat. Sogar ein Universitätsprofessor der Mathematik oder auf einem technischen Gebiete durfte sich nicht damit zufrieden geben, daß Mathematik oder Technik angeblich nichts mit Politik zu tun haben, und daß er sie unbeschadet seiner Ablehnung des Nationalsozialismus lehren dürfe. Denn Mathematik und Technik gaben dem Nationalsozialismus die Waffen für den Krieg und die Unterdrückung. Der Name des Gelehrten oder Künstlers, der weiter für den Nationalsozialismus wirkte, stützte das Ansehen der Hitlerregierung. Der Lehrer, der gegen seine Ueberzeugung die üblichen Lobreden für den Nationalsozialismus in den Unterricht einschob, benutzte seine Autorität als Lehrer, um die Partei und die Reaktion zu stützen. Wer das nicht mit Ueberzeugung tun konnte, mußte gehen, auch wenn es mit einem materiellen Verlust verbunden war. Wer das getan hat, wird heute in erster Linie damit rechnen können, daß man ihn heranzieht. Wer das nicht getan hat und heute deswegen nicht mehr verwendet werden kann, darf sich nicht über ungerechte Härte beklagen.

Wenn irgendwo aufgeräumt werden muß, dann muß es in der Erziehung sein. Der Schüler muß den Lehrer nicht fürchten, sondern achten — und einen schnell Umlernenden kann er nicht achten. Nichts wird weniger vergessen als Gesinnungslosigkeit. Weder die Zugehörigkeit

getan. Ihr Beispiel, das der Studenten von München und der Kämpfer, die in den Konzentrationslagern umkamen oder ihre Gesundheit verloren, soll nicht vergessen werden.

Die Schuld liegt darin, daß es zu dieser Isolierung der Wenigen kommen konnte. Das Unglück des deutschen Volkes lag in seiner Zersplitterung vor dem Hitlerregime, die es der Versklavung widerstandslos aussetzte. Sie liegt weiter zurück als das Jahr 1933.

Die Millionen, die auf den Schlachtfeldern gefallen sind, können nicht wieder zum Leben erweckt werden; hier hört jede Wiedergutmachung auf. Die Zerstörungen, die in den überfallenen Ländern angerichtet wurden, können vielleicht im Laufe von Jahrzehnten geheilt werden. Die Feststellung dieser Schäden ist Aufgabe der Alliierten und wird ohne unsere Mitwirkung geschehen.

Der größte in diesem Kriege angerichtete Schaden ist in Ziffern nicht anzugeben, trotzdem er noch lange eine unheilvolle Rolle spielen wird: die Zerstörung des Vertrauens in der Welt, die jahrelange Umstellung der Welt auf Kriegsproduktion, die jahrelange Etablierung des Krieges und nicht des Friedens als des normalen Zustandes auf der Erde; die Aufrichtung eines als selbstverständlich hingenommenen Systemes, unter dem jeder Vertrag, jedes Wort gebrochen werden konnten. Das mag auch sonst vorgekommen sein, aber niemals ist es so zum Systeme erhoben worden.

Es wird die größte und schönste Wiedergutmachung sein, wenn es gelingt, in Deutschland einen Staat aufzubauen, der in allem, was er tut und läßt, das Vertrauen wiederherstellt, daß unter dem Nationalsozialismus verloren ging. Es wird vielfach gesagt, daß man 60 Millionen im Herzen Deutschlands nicht aus dem Weltgeschehen ausschalten kann; daß die Welt unter einer Ausschaltung Deutschlands unerträglich leiden wird. Das mag sein, aber in erster Linie wird Deutschland darunter leiden, denn man wird Deutschland nicht wieder in die Gemeinschaft der Völker aufnehmen, bevor man festgestellt hat, daß es sich tatsächlich und von Grund auf geändert hat. Die Narben des Krieges werden für eine lange Zeit nicht heilen und die Opfer ständig an diejenigen erinnern, die sie geschlagen haben.

Es sah während des Krieges oft so aus, als gäbe es keine Hoffnung, als man jahrelang keine Stimme aus Deutschland hörte, die für ein anderes Deutschland Zeugnis ablegte. Die Münchener Studenten waren eines der ersten und leuchtendsten Zeichen für dieses andere Deutschland; diese Studenten und der eine Professor, die für ihre Ueberzeugung und ihren Opfermut hingerichtet wurden. Als ich bei Aachen im Herbst 1944 die deutsche Grenze überschritt, fand ich eine Reihe von Jungen und Mädchen, die, obgleich unter Zwang in der Hitlerjugend, dieses System haßten und gegen diese Unterdrückung des gesunden Menschenverstandes arbeiteten. Sie hatten noch keinen Begriff davon, wie es anders sein könnte, da sie es nie anders gelernt hatten; aber sie wußten, daß dies System falsch und hassenswert war. Ich fand in Deutschland eine Gruppe von alten Freunden und Bekannten: alle hatten sie für ihre Ueberzeugung in den Gefängnissen und den Konzentrationslagern gesessen. Wenn es anders wäre, gäbe es für Deutschland und für die Deutschen keine Hoffnung. Ich fand einen Roman des Dichters Wiechert und ich hörte gerade in den Tagen, in denen ich diesen Roman las, daß auch er im Konzentrationslager gesessen hatte und erst durch den Zusammenbruch befreit wurde. Ich sah die Mutter eines jungen deutschen Soldaten, die mir die Briefe ihres Sohnes zeigte, in dem er Wierchert als den Mann bezeichnete, der einmal der Führer der Jugend sein könnte: der junge Soldat war inzwischen unter sonderbaren Umständen gefallen. Seine Mutter konnte nicht an seinen Tod glauben — ich glaubte das Hitlersystem besser zu kennen.

Es gibt eine Hoffnung für Deutschland und es gibt eine Hoffnung für die Welt, wenn Deutschland die Welt nicht enttäuscht und den Weg zu einem friedlichen Aufbau findet. Dieser Aufbau muß mit aller Härte und Folgerichtigkeit durchgeführt werden. Zuerst muß das Ziel gefunden werden und der Weg, der zu diesem Ziele führt. Nur wenn diese Erkenntnis Allgemeingut wird, und der Weg von Allen beschritten wird, kann die Aufgabe gelingen. Nichts anderes soll hier angeregt werden.

Aus Erfahrungen lernen

Was 1918 versäumt wurde, das muß heute nachgeholt werden. Was in erster Linie versäumt wurde, war, aus den Erfahrungen der Vorkriegszeit und den Erfahrungen des Krieges zu lernen. Die erste Lehre muß sein, daß kein moderner Krieg sich bezahlt macht, so bestechend die Rech-

nungen auch aussehen mögen. Es gibt keine Völker mehr, die sich auf die Dauer beherrschen und aussaugen lassen. Wer in Luxemburg, dem kleinsten der besetzten Länder, die Plakate gesehen hat, in denen die Vollstreckung der vielen Todesurteile bekannt gegeben wurde, wer die Untergrundbewegung kennt, die es dort gab, der weiß das. So wie es hier war, war es überall. In nur wenigen Jahren der Besetzung, einer geschichtlich gesehen unwahrscheinlich kurzen Zeit, war eine gewaltige Untergrundbewegung gegen die Unterdrückung entstanden, die auch ohne Krieg und Kriegsverlust das Gebäude eines Europa dominierenden Nationalsozialismus hätte zusammenstürzen lassen.

Was international gilt, das gilt auch auf nationalem Gebiete. Es ist eine Beleidigung für ein Volk, wenn man ihm sagt, daß es eine unkontrollierte Führerschicht braucht, die es in einer Zwangsjacke halten muß. Es ist eine Beleidigung, wenn man dem Volke einzureden versucht, daß es in ihm nur einen wirklich großen Mann gibt, dem alles zu gehorchen hat und eine verhältnismäßig kleine Führerschicht, die allein seine Befehle durchzuführen imstande ist; daß alle anderen Staatsbürger nur gehorchen können. Es ist ein Witz der Weltgeschichte, wenn man diesem, von seinen Führern durch alles was sie taten als unmündig erklärten Volke dann noch einredet, es sei ein Herrenvolk einer ganz bestimmten, besonders intelligenten und wertvollen Rasse. Die Tatsache ist, daß Deutschland das Land des größten Völkergemisches Europas ist. Man muß sich nur davor hüten, nun aus einem Extrem ins andere zu fallen, und diesen Vorteil als einen Nachteil zu betrachten. Nur diese Mischung hat Deutschland zu dem gemacht, was es war und hätte es zu dem gemacht, was es hätte sein können. Die Einseitigkeit und Abschließung unter einem nationalsozialistischen Regime mußte es verkümmern lassen.

Erfahrung mußte auch gezeigt haben, daß der geistige und wirtschaftliche „Lebensraum" eines modernen Volkes nur die Welt sein kann. Da die Zeit der Eroberung der Welt und ihrer Ausbeutung vorbei ist, konnte es nur die Welt des freien Wettbewerbes, der friedlichen Organisation sein. Zu wiederholen, was vor hundert oder hunderten vor Jahren üblich war, ist ein Denkfehler, der auf mangelnder Intelligenz beruht. Ein Eingeständnis mangelnder Intelligenz war es auch, wenn sich der höchste Soldat des Reiches, der Feldmarschall Keitel, in Nürnberg damit verteidigte, er sei jahrzehntelang Soldat gewesen, habe zu gehorchen gelernt und Hitler nicht widersprechen können, auch wenn er anderer Ansicht gewesen sei. Wer nicht selbständig denken und umlernen und daraus Folgerungen ziehen kann, ist in einer Zeit so gewaltiger Veränderungen nicht mehr am Platze. Noch weniger gibt es ein Zurück in eine romantisch gesehen glückliche Vergangenheit, die in der Wirklichkeit immer ganz anders ausgesehen hat.

Allein das Beispiel der kleinen Tschechoslowakei konnte gelehrt haben, daß ein Land ohne „Lebensraum" in beherrschten Ländern und Kolonien außerordentlich gedeihen kann. Das Beispiel Belgiens zeigt, daß es keine Ueberbevölkerung gibt: je größer die Bevölkerung, desto größer die industriellen Möglichkeiten. Das dünn bevölkerte Deutschland der Völkerwanderungszeit war „überbevölkert", weil die Germanen der damaligen Zeit eine unvollkommene Land- und Viehwirtschaft betrieben. Erst die größere Bevölkerung der späteren Zeit erlaubte technisch bessere Hilfsmittel. Das 19. Jahrhundert hat eben erst gezeigt, wie gewaltig sich eine Bevölkerung vermehren kann, um doch gerade deswegen besser zu leben als ihre Vorfahren.

Die Nationalsozialisten hatten ihre Propaganda zu einem guten Teile mit dem Argumente bestritten, daß Deutschland nach dem ersten Weltkriege ungerecht behandelt worden sei und daß die angebliche Vernichtung der deutschen Wirtschaft nun auf die Welt zurückschlagen müsse. Da sie aber nicht aus Erfahrungen lernen konnten, organisierten sie das, was sie den anderen ehemaligen Gegnern vorwerfen, nur in ungleich größerem Umfange: die Vernichtung der Industrien anderer Länder, die Ausplünderung ganzer Volkswirtschaften, die sich viel schlimmer gegen Deutschland selbst auswirken mußten.

Das Ansehen Deutschlands in der Welt steht heute so niedrig, wie es nie gestanden hat; nicht aus Gründen der militärischen Niederlage, sondern aus moralischen Gründen. Wir könnten aber aus den Erfahrungen der Zeit nach 1918 lernen, daß sich auch dies ändern kann. Deutschland hatte in so überraschend kurzer Zeit das Vertrauen der Welt zurückgewonnen, daß man sich lange weigerte, daran zu glauben, daß Hitler ganz andere Wege einschlagen werde.

Diesmal ist zuviel zerstört worden, es wird daher länger dauern. Das Ansehen Deutschlands muß und wird wiederhergestellt werden; aber nur, wenn Deutschland sich aufrafft zu neuer Arbeit in friedlicher Zusammenarbeit mit der Welt, nicht gegen die Welt. Das ist die Erfahrung aus der wir lernen müssen und aus der alles andere hervorgeht.

MITTEILUNGEN DES VERLAGES

Wir erhalten seit Monaten täglich aus allen Teilen des Reiches viele Anfragen, warum das „Andere Deutschland" noch nicht erscheine bezw. wann es herauskomme.

Wir wissen leider nicht, warum die Lizenz bislang noch nicht erteilt worden ist.

Jedenfalls können wir dahingehende Anfragen, die sich von Tag zu Tag häufen, nicht mehr beantworten. Uns fehlt dazu Zeit und Papier.

Aehnlich verhält es sich mit den in den ersten Broschüren angekündigten Verlagserscheinungen. Täglich laufen Bestellungen und Zahlungen auf Broschüren ein, die vielleicht erst in Monaten erscheinen werden. Das bedeutet eine ungeheure büromäßige Belastung. Und dann wird nach 14 Tagen angefragt, warum usw. . . . .

Also berücksichtigen die, die es angeht, doch die Zeitverhältnisse und Schwierigkeiten und erschweren Sie uns die Arbeit nicht unnötig. Wir können in solchen Fällen nicht jede Anfrage beantworten. Vor allem:

Keine Geldsendung ohne Rechnung!

Und bei Zahlungen stets Rechnungsdatum angeben.

Keine Bestellung auf Broschüren, die noch nicht erschienen sind.

Leider sind wir aus den dargelegten Gründen gezwungen, vorab Neuerscheinungen hier nicht mehr anzukündigen.

Verlag „Das Andere Deutschland"

WIR KAUFEN BÜCHER

NEU ODER GEBRAUCHT:

Friedrich Wilhelm Foerster:

- Schule und Charakter
- Religion und Charakterbildung
- Politische Ethik und politische Pädagogik
- Mein Kampf gegen das militaristische und nationalistische Deutschland

Bismarcks Gedanken und Erinnerungen

Hopfs Krisis von 1866

Kannengießer: Die Besetzung Frankfurts

Onno Klopp: Deutsche Geschichte

Otto Hammanns „Der neue Kurs"

Fürst Bülows Denkwürdigkeiten

Die Bücher von Konrad v. Hötzendorf, Graf Czernin, Hindenburg, Ludendorff, Falkenhayn, Wilhelm II, Tirpitz, Erzberger, Graf Berchtold, v. Jagow, v. Bethmann-Hollweg, Graf Lerchenfeld, Feldmarschall Graf Waldersee.

Lichnowsky, Eckardstein

Sämtliche Kriegsschuldliteratur 1914—1918

Die von Bernstein übersetzten Buntbücher der einzelnen Mächte zum Kriegsausbruch 1914

Der Friedensvertrag von Versailles

Kurt Eisner: „Der Sultan des Weltkrieges"

Pazifistische Literatur seit 1914

Sämtliche Nummern des „Anderen Deutschland"

Sämtliche vor 1933 herausgegebenen Broschüren des „Anderen Deutschland" und der DFG

Verlag „Das Andere Deutschland

Abtlg. Versandbuchhandlung.

PROGRAMM

der

DEUTSCHEN FRIEDENSGESELLSCHAFT

Bund der Kriegsgegner e. V.

Die Deutsche Friedensgesellschaft Bund der Kriegsgegner e. V. (DFG) ist eine auf demokratischer Grundlage aufgebaute parteipolitisch und religiös neutrale Organisation. Mitglied kann jeder Mann und jede Frau werden, die nicht durch aktive Betätigung die Hitler-Bewegung unterstützt haben und sich zu dem nachstehenden Programm bekennen.

Aufgabe der DFG ist es, Verhältnisse zu schaffen, die den Frieden sichern.

Die DFG betrachtet den Frieden als erste und unerläßliche Voraussetzung eines vernünftigen Zusammenlebens der Völker. Sie erblickt in der Organisation der „Vereinten Nationen" den Beginn eines Weltstaates, von dessen Errichtung sie die Sicherung des Weltfriedens erwartet.

Auch in Deutschland müssen unverzüglich die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen geschaffen werden.

Darum fordern wir:

1. die völlige Vernichtung des preußisch-deutschen Militarismus mit allen seinen Wurzeln und Zweigen als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Schaffung eines auf sittlicher Grundlage ruhenden neuen deutschen Staates und einer neuen gerechten Weltordnung.
2. die Ausmerzung des gesamten nationalistischen und militaristischen Schrifttums, da die Ereignisse bestätigten, daß der Nationalsozialismus nichts anderes bedeutet als die letzte und grauenhafteste Steigerung militaristischer Geisteshaltung in weiten Schichten des deutschen Volkes. Jede Kriegsverherrlichung in Wort und Schrift ist unter Strafe zu stellen.
3. daß der verhängnisvolle Einfluß des Großgrundbesitzes, der Montanindustrie und der Großbanken als die Fundamente des preußisch-deutschen Militarismus gebrochen wird.
4. die Erziehung des deutschen Volkes, insbesondere der Jugend, im Geiste der Völkerverständigung. Die Irrlehren vom deutschen Herrenmenschentum, vom deutschen Führungsanspruch und der Rassentheorie müssen ausgerottet werden.
5. daß die Lehrpersonen sämtlicher deutschen Erziehungsinstitute, die politischen Redakteure, die Abgeordneten der politischen Parteien und die höheren Beamten der Verwaltung vor Aufnahme ihrer Tätigkeit ein eindeutiges Bekenntnis zu wahrer Friedenspolitik ablegen.
6. daß die vorgenannten Kreise entsprechend diesem Bekenntnis ihre Betätigung — erzieherisch oder politisch — im Sinne der Völkerverständigung ausüben und einen Kursus an neu zu errichtenden Hochschulen für Friedenspolitik absolvieren.
7. die Schaffung eines Friedensministeriums anstelle des früheren verderbenbringenden Kriegsministeriums. Vordringliche Aufgabe dieses Ministeriums wäre die Lenkung und Förderung der Friedensarbeit und Friedenspolitik im gesamten öffentlichen Leben.
8. die Unantastbarkeit der Grundrechte des Menschen und lehnen jede Art von Diktaturbestrebungen und totalitärer Staatsführung ab, da nur in einem demokratischen Staate die Unverletzlichkeit der Person und die freie Betätigung in Wort und Schrift im Rahmen der geltenden Gesetze gewährleistet ist.

Im internationalen Rahmen erstrebt die DFG ein enges Freundschaftsverhältnis mit allen Völkern der Erde auf allen Gebieten staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens.

Bundesgeschäftsstelle Frankfurt a. M. Süd . Postschließfach 1015

H. Osterwald, Hannover, CDH 65, 1519/80000 9. 46. Kl. C